

Lühr Henken  
Helmut Kellershohn  
Fabian Virchow

# Deutschland auf dem Weg nach rechts?



---

# Inhalt

<b>Vorwort</b> .....	3
Cornelia Kerth, Dr. Axel Holz, Bundesvorsitzende	
Vortrag „ <b>Deutschland rüstet auf</b> “ .....	4
Lühr Henken	
Vortrag „ <b>Radikalisierung der Mitte?</b> .....	11
<b>Ein Kommentar zu den jüngsten Wahlerfolgen der AfD</b>	
Helmut Kellersohn	
Vortrag „ <b>Entgrenzung und Ordnung</b> .....	17
<b>Entstehung und Artikulation einer völkisch-nationalistischen</b>	
<b>Massenbewegung in Deutschland</b>	
Fabian Virchow	

---

## Vorwort

„Deutsche Großmachtträume platzen lassen. Rechtsentwicklung stoppen. Menschenrechte verteidigen.“ Unter diesem Motto fand am 1. und 2. April 2017 im Frankfurter Haus Gallus der 6. Bundeskongress der VVN-BdA statt. Damit ist das Ziel unserer notwendigen Interventionen in den nächsten drei Jahren abgesteckt.

Vielfältige Auseinandersetzungen, die es in den vergangenen Jahren in unserem Bündnisumfeld gegeben hat, machen es notwendig, dass wir nicht nur an traditionellen Forderungen und Losungen festhalten, sondern dass wir uns mit den sich rasant verändernden gesellschaftlichen und politischen Bedingungen auseinandersetzen und immer wieder neu positionieren. Deshalb haben wir uns entschieden in diesem Jahr nicht nur auf unsere eigene Kompetenz zu vertrauen, sondern haben uns Referenten zu entscheidenden Themen eingeladen, die unseren Debatten eine aktuelle und fundierte Grundlage liefern können.

Wir konnten dafür Lühr Henken, einen der Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag für das Thema „Deutschland rüstet auf“ gewinnen. Helmut Kellershohn, Mitarbeiter des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung hat sich kritisch mit dem Thema „Die Mitte radikalisiert sich“ befasst und Prof. Fabian Virchow vom Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus und Neofaschismus der FH Düsseldorf beleuchtete das Themenfeld „Die extreme Rechte gruppiert sich neu“.

Alle drei Referate stießen bei den Delegierten auf großes Interesse und boten viele neue Informationen und Diskussionsansätze – leider fehlte die Zeit für die notwendige Vertiefung durch Diskussionen. Deshalb wurde von vielen Delegierten der Wunsch nach einer Veröffentlichung der Referate schon während des Kongresses geäußert. Erfreulicherweise haben alle Referenten dem zugestimmt, im Fall des Referats von Fabian Virchow auch Herausgeber und Verlag der „Neuen Kriminalpolitik“ in der der abgedruckte Beitrag zuerst publiziert wurde. Dafür herzlichen Dank an alle.

Wir freuen uns, mit dieser Broschüre drei Beiträge zu notwendigen Diskussionen vorlegen zu können und wünschen uns eine rege Debatte in der VVN-BdA und gern darüber hinaus.

Cornelia Kerth, Dr. Axel Holz  
Bundesvorsitzende

Lühr Henken

## Deutschland rüstet auf

Vortrag, 6. Bundeskongress VVN-BdA,  
Frankfurt am Main, 1. April 2017



Deutschland rüstet auf. Ja, das stimmt. Aber, das wisst ihr selbst. Dafür muss man eigentlich niemand extra einladen, um euch das gewissermaßen nochmal offiziell zu bestätigen. Nach dem Motto, ich habe euch das jetzt bestätigt und kann dann wieder nach Haus fahren. Tschüss.

So haben sich das die Veranstalter natürlich nicht gedacht. Sondern meine Aufgabe soll darin bestehen euch Fakten, Zusammenhänge und Argumente darzulegen, damit wir heute Nachmittag daraus Konsequenzen und Handlungsoptionen ziehen.

Das will ich gern tun, denn wir Friedensbewegte wünschen uns, dass Antifaschistinnen und Antifaschisten aktiver Teil des Kampfes um den Frieden sind. Denn der Satz „Deutschland rüstet auf“ kann nichts Gutes bedeuten. Das lehrt die leidvolle Geschichte des letzten Jahrhunderts.

### Geschichte ist das Stichwort.

Die Bundeswehr begab sich mit dem Ende der Blockkonfrontation 1990/91 in neues Fahrwasser. Im Rahmen der NATO-Umorientierung auf „Out-of-Area“-Einsätze gab es auch neue Richtlinien. Erstes offizielles Dokument waren die geheimen Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) von 1992, die festlegten, so genannte Krisenreaktionskräfte aufzustellen, die außerhalb des NATO-Gebiets, also „out of area“, eingesetzt werden sollten. Ein Novum. Erstmals wurde darin als „vitalen Sicherheitsinteresse“ Deutschlands definiert: „die Aufrechterhaltung des freien Welthandels und der ungehinderte Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt.“<sup>1</sup> 2008 konkretisierte das die CDU/CSU-Bundestagsfraktion: „Die Herstellung von Energiesicherheit und Rohstoffversorgung kann auch den Einsatz militärischer Mittel notwendig machen, zum Beispiel zur Sicherung von anfälligen Seehandelswegen oder von Infrastruktur wie Häfen, Pipelines, Förderanlagen etc.“<sup>2</sup> Wie brisant und hoch umstritten solche Ansinnen sind, machte der Rücktritt Bundespräsident Köhlers im Mai 2010 deutlich, als er öffentlich für den Einsatz der Bundeswehr für wirtschaftliche Interessen warb. Und prompt einen Sturm der Entrüstung erntete. Merkel ließ ihn im Regen stehen und Köhler nahm seinen Hut.

In den gültigen VPR von 2011 heißt es dazu nach wie vor: „Zu den deutschen Sicherheitsinteressen gehört, [...] einen freien und ungehinderten Welthandel sowie den freien Zugang zur Hohen See und zu natürlichen Ressourcen zu ermöglichen.“<sup>3</sup>

Durch kleine sprachliche Kunstgriffe wird die Bedrohlichkeit der Aussagen erst richtig deutlich: Man ersetze die Wörter „Deutschland“ und „deutsches“ durch Namen anderer Staaten. Dann lauten zwei Passagen so:

„Zu den chinesischen Sicherheitsinteressen gehört, [...] einen freien und ungehinderten Welthandel sowie den freien Zugang zur Hohen See und zu natürlichen Ressourcen zu ermöglichen.“<sup>4</sup>

„Russland ist bereit, als Ausdruck nationalen Selbstbehauptungswillens und staatlicher Souveränität zur Wahrung seiner Sicherheit das gesamte Spektrum nationaler Handlungsinstrumente einzusetzen. Dies beinhaltet auch den Einsatz von Streitkräften.“<sup>5</sup>

Seit 1992 fanden diverse Umrüstungen und Neustrukturierungen der Bundeswehr statt. Die Soldatenzahl wurde abgebaut von damals rund 500.000 auf 240.000 im Jahr 2011. Die Wehrpflicht wurde ausgesetzt. Aktuell stehen knapp 180.000 Soldatinnen und Soldaten im Sold. Es ist eine Berufs- und Zeitsoldatenarmee mit nicht einmal 10.000 Wehrdienstleistenden. Die derzeitige Umstrukturierungsphase begann 2011 und hat das Ziel, die Zahl der Soldaten, die dauerhaft, also über Jahre, im Auslandseinsatz sind, von 7.000 auf 11.000 zu erhöhen. Einen Vorgesmack, was Aufrüstung ist, lieferte Ursula von der Leyen mit ihrer Ankündigung, bis 2024 die Soldatenzahl auf 198.000 erhöhen zu wollen – ein Plus von 11 Prozent.

1992 fand erstmals ein bewaffneter Bundeswehreinsatz im Ausland statt. Bis dahin hatte es nur humanitäre Einsätze ohne Bewaffnung gegeben. Von den militärischen seit 1992 sind 39 abgeschlossen. Daran waren kurzfristig bis zu 10.000 Soldaten gleichzeitig beteiligt. Aktuell sind es 16 Mandate mit knapp 3.800 Soldaten (Stand 20.03.2017) auf drei Kontinenten und zwei Meeren.<sup>6</sup> Insgesamt geht es der Regierung um möglichst viele Einsätze, um sich damit möglichst viel Einfluss zu sichern, aber bei den größeren Einsätzen auch darum, sich vor Ort festzusetzen. So in Afghanistan, aber auch in Nahost und in Nordafrika. Wobei sich Nord-Afrika allmählich zum Schwerpunktgebiet entwickelt.

Seit mehr als 20 Jahren ist ein ambitioniertes Aufrüstungsprogramm im Gang, das noch nicht abgeschlossen ist und viel Geld kostet. Hoch modern und ausgeklügelt ist es. Es geht um Erneuerung an Rumpf und Gliedern. Ausgerichtet am Ziel der militärischen Eingreifbarkeit. Bei der Beschaffung wird „vom Einsatz her gedacht“.

Das Programm ist sehr umfangreich, hat mit technischen Problemen zu kämpfen, und verzögert sich dadurch – derzeit im Durchschnitt um dreieinhalb Jahre pro Rüstungsvorhaben. Aber die Waffen werden kommen.

Mit ihnen wird das Militär eines Landes aufgerüstet, das in der EU die ökonomisch stärkste Macht ist. Das Bruttosozialprodukt Deutschlands liegt um fast 20 Prozent über dem Großbritanniens und um beinahe 30 Prozent über dem Frankreichs, den beiden nächstgrößeren Volkswirtschaften Europas nach Deutschland. Die ökonomische Macht Deutschlands offenbarte sich im Umgang mit den Finanzkrisen insbesondere mit Griechenland, so dass von einer politischen Vormachtstellung oder einer deutschen Hegemonie in Europa gesprochen werden kann. Das Gerede von Gauck, Steinmeier und von der Leyen über die gewachsene Macht Deutschlands, die auch neue Verantwortung mit sich bringe, ist deshalb so gefährlich, weil Verantwortung mehr Militäreinsätze meint.

Aber hat denn die Bundeswehr überhaupt das Potenzial, mehr Auslandseinsätze machen zu können? Oder ist die Bundeswehr tatsächlich so marode, wie häufig medial kolportiert wird? Wenn die Rede davon ist, dass die LKW doppelt so alt seien wie ihre Fahrer, von über 500 Nachtsichtbrillen in einem Verband nur drei zu gebrauchen seien oder beispielsweise von 24 Haubitzen keine nutzbar sei. Ganz so schlimm kann es nicht sein. Hören wir dazu Heeresinspekteur Vollmer im Februar 2016. Er sagte: Das Heer verfügt „über modernes Gerät, welches uns angesichts sehr unterschiedlicher Bedrohungslagen in den verschiedenen Einsatzgebieten flexibel, reaktionsfähig, vor allem aber durchsetzungsfähig macht. Wir verfügen gerade hier über eine weitgehend bedarfsgerechte Ausstattung.“<sup>7</sup>

Die Bundeswehr hat durch die vielen Auslandseinsätze vieles verschlissen, hat aber auch eine erhebliche Abrüstung erfahren. Seit 1989 – zur Hochzeit des Kalten Krieges – ist am augenfälligsten in der BRD die Abrüstung der Kampfpanzer von 5.000 auf 225 heute oder von damals 210 Kampfhubschraubern auf 40. Auch 24 kleine BRD-U-Boote für die Ostsee sind verschwunden. Ein Krieg gegen Russland war unwahrscheinlich geworden. Dafür kam Neues – auch qualitativ Neues.

Hier Kurzcharakteristika neuer Waffensysteme und Ausrüstungen, aus denen auch abgelesen werden kann, wie sich der Charakter der Bundeswehr verändert hat und weiter verändern soll.

Von grundsätzlicher Bedeutung für die Umrüstung der Bundeswehr nach der Blockkonfrontation sind zwei zentrale innovative Systeme. Zum einen die so genannte Vernetzte Operationsführung mit Drohnen im Zentrum, und zum anderen der sogenannte strategische Lufttransport. Ich erkläre kurz die Begriffe.

„Vernetzte Operationsführung“ heißt: Alle Soldaten, ob Kommando im Hauptquartier, Pilot, Panzerfahrer oder Infanterist, oder wer auch immer sonst, erhalten über ihr Computer-Display gleich-

zeitig dasselbe Lagebild. Welchen Nutzen hat das? Das verschafft einen Zeitvorteil gegenüber den Gegnern. Zeit für Entscheidungen, um im Krieg zu siegen. Dies setzt Drohnen als Aufklärungsmittel voraus und die sind schon vorhanden.<sup>8</sup> Insgesamt liefern etwa 586 reine Aufklärungsdrohnen als Bestandteile des Heeres Videos und Fotos in Echtzeit, meist tageszeitunabhängig aus dem Nahbereich und aus Entfernungen von bis zu 100 km.<sup>9</sup> Darüber hinaus werden sechs Überwachungsdrohnen HERON 1 mit Reichweiten von 800 km in Afghanistan und neuerdings auch in Mali eingesetzt.

### **Das Drohnenarsenal wird erweitert.**

Von außerordentlicher Bedeutung sind dabei drei neue Projekte. Das erste heißt TRITON. Das bedeutet: Die Regierung will Großdrohnen des US-Typs GLOBAL HAWK für die elektronische Kampfführung beschaffen. Generalinspekteur Wieker hat beschlossen, dafür ab 2025 drei US-amerikanische TRITON zu kaufen<sup>10</sup>, die ununterbrochen 40 Stunden lang in der Luft bleiben und dabei 25.000 km zurücklegen können. Mit den TRITON sollen aus 20 km Höhe Staats- und Militärführungen fremder Länder, ihre Standorte, Kommando- und Kommunikationswege ausspioniert werden. Das zweite Großdrohnenprojekt ist das AGS der NATO. Auch das sind Großdrohnen des Typs GLOBAL HAWK. Es erfasst jedoch Bodenziele. Daran beteiligt sich die Bundesregierung mit einem Drittel der Kosten. Das ist schon überproportional. Das reicht ihr aber nicht. Zusätzlich ist hierfür von vier GLOBAL HAWK unter nationaler deutscher Verfügung die Rede. TRITON und GLOBAL HAWK sollen in Jagel bei Schleswig stationiert werden. Hinzu kommen als drittes Großprojekt bewaffnungsfähige Aufklärungsdrohnen, also Kampfdrohnen, zunächst in Israel oder in den USA geleast, spätere Modelle sollen in Europa hergestellt und gekauft werden. Auch sie kommen nach Jagel. „Strategischer Lufttransport“: Dazu sollen ab 2020 alle 53 bestellten Airbus A 400 M zur Verfügung stehen. Sie ersetzen die – in der Tat – alten Transall. Ersetzen ist untertrieben. Sie vervielfachen die Lufttransportkapazität der Bundeswehr. Wegen der Luftbetankbarkeit der Flieger werden sogar weltweite Nonstopflüge möglich. Die Abmessungen und Tragkräfte der A 400 M sind sehr ausgeklügelt. So tragen sie zum Beispiel zwei Kampfhubschrauber TIGER oder einen Transporthubschrauber NH 90, einen Radpanzer BOXER oder einen Schützenpanzer PUMA oder 116 Fallschirmjäger. Die A 400 M sind Kampfzonentransporter, die weniger als ein Kilometer Gras- oder Schotterbahn zum Starten und Landen benötigen.



### **Noch kurz zu konkreten Vorhaben in Heer, Marine und Luftwaffe.**

Ausbildungs- und Ausrüstungsschwerpunkt des Heeres ist die Aufstandsbekämpfung. Stadtkampf, Ortskampf, Häuserkampf werden eingeübt. Dafür wird eigens ein neuer Fuhrpark geschaffen, bestehend aus 400 geländegängigen Radpanzern BOXER und 350 neuen Schützenpanzern PUMA – beides sind internationale Spitzenprodukte, die auch exportiert werden sollen. Sie sollen eines Tages bis zu 11.000 Infanteristen transportieren, die mit High-Tech ausgerüstet werden. Die High-Tech-Ausrüstung kostet pro Soldat übrigens 150.000 Euro. Trainiert werden soll im eigens neu dafür gebauten über 100 Mio. teuren Übungszentrum „Schnöggersburg“ in der Colbitz-Letzlinger Heide bei Magdeburg. Die Infanteristen sind in die „vernetzte Operationsführung“ eingebunden. Übrigens: Das Heer soll neue LKW für 2,7 Milliarden erhalten. Zur Marine auch nur ganz kurz: Um es vorweg zu sagen: Die deutsche Marine konzentriert sich auf fremde Küsten und auf das Land dahinter. Die Ausrüstung ist entsprechend: Als neuen Schiffstyp verfügt die Marine bereits über fünf Hochsee-Korvetten. Fünf weitere wur-

den im November kurzerhand für 1,5 Milliarden Euro bewilligt. Die Korvetten haben geringen Tiefgang und Tarnkappeneigenschaften und sind jeweils mit vier Marschflugkörpern für den Schiffs- und Landbeschuss ausgerüstet. Reichweite der Marschflugkörper: 250 km. Beschuss auf Land ist ein Novum für die deutsche Marine.

Im Bau sind vier Großfregatten F 125. Ihr Stückpreis beträgt aktuell 775 Mio. Euro. Das ist mehr als ein riesiges Kreuzfahrtschiff kostet. Es sind „Marathon“-Fregatten. Sie können zwei Jahre ununterbrochen auf See bleiben und sind multifunktional ausgelegt: Zur Piratenbekämpfung mit Bordhubschraubern und Speedbooten, auch Landbeschuss aus Kanonen mit 120 km Reichweite soll möglich werden. Alle vier sollen spätestens 2020 fertig sein.

Beschlossene Sache ist der Bau von sechs Mehrzweckkampfschiffen MKS 180.11 Sie kosten jeweils eine Milliarde Euro. Ihre Größe liegt zwischen Korvette und Fregatte. Auch sie sind multifunktional ausgelegt.<sup>12</sup>

Und unter Wasser: Vorhanden sind schon sechs U-Boote des Typs 212. Und die haben es in sich. Wegen ihres von Außenluft unabhängigen Antriebs mittels Brennstoffzellen sind drei Wochen lange Tauchfahrten möglich. Dabei legen sie am Stück unter Wasser 20.000 km zurück. Sie sind leiser als Atom-U-Boote, somit quasi nicht zu orten. Sie stellen deshalb eine strategische Waffe zur Schiffs- und U-Boot-Bekämpfung und zur See- und Küstenüberwachung dar. Sie gelten als stärkste konventionell angetriebene U-Boote der Welt. Anfang Februar wurde der Bau von zwei weiteren U-Booten dieses Typs bewilligt. Ab 2025 werden es dann acht dieser U-Boote sein.<sup>13</sup>

Die Neuvorhaben in Heer und Marine belegen eine weltweite Orientierung und die Absicht, militärisch überall eingreifen zu können. Ein weiterer Beleg für diese Orientierung ist das Radarsatellitensystem SAR LUPE. Mit ihm sind überall auf der Erde Allwetteraufnahmen möglich, die Objekte der Größe eines halben Meters identifizierbar machen. Diese Technik ist führend in der Welt. Das Nachfolgeprojekt für 900 Millionen Euro ist in Arbeit.

TORNADOS und EUROFIGHTER bilden das Rückgrat der bewaffneten Luftmacht der Bundeswehr. Sie dienen nicht nur der Luftverteidigung, sondern auch dem Luftangriff.<sup>14</sup> 600 Marschflugkörper TAURUS können, von den Kampfflugzeugen abgesetzt, nach 350 km langem Alleinflug mittels der 500 Kilogramm schweren Gefechtsladung noch vier Meter dicken Beton durchschlagen.<sup>15</sup> MEADS ist ein taktisches Luftverteidigungssystem zur Sicherung von Feldlagern im Auslandseinsatz gegen Raketen und andere Flugkörper, das sich – anders als das vorhandene PATRIOT-System – leicht in Airbuse A 400 M verladen lässt.<sup>16</sup> Die Kosten für MEADS: ca. vier Milliarden Euro, möglicherweise sogar das Doppelte.

Nun haben wir die Zeit seit 1990 holzschnittartig Revue passieren lassen. Was sagt uns das? Aus dem Aufgeführten wird klar, dass die Regierungen seit über zwei Jahrzehnten die Bundeswehr auf einen weltweiten Einsatz ausrichten und systematisch dafür eine qualitativ hocheffiziente Bewaffnung beschaffen, die dies ermöglicht.

Das kostet zusätzliches Geld. Bis zur Krise um die Ukraine hatte sich die Bundesregierung bezüglich einer Erhöhung des Rüstungshaushalts zurückgehalten. Aber dann machte sie sich direkt im NATO-Rat stark für höhere Militärausgaben.<sup>17</sup> Beim NATO-Gipfel von Wales im September 2014 kam es zur Bekräftigung des Beschlusses, den die NATO seit 2002 auf dem Papier hat, die Militärausgaben auf einen Anteil von zwei Prozent am Bruttoinlandsprodukt (BIP) hochzufahren. Der NATO-Gipfel formulierte: „Die Bündnispartner, deren Anteil vom BIP für Verteidigungsausgaben gegenwärtig unter diesem Richtwert liegt, werden: [...] darauf abzielen, sich innerhalb von zehn Jahren auf den Richtwert von 2 Prozent zuzubewegen, [...]“<sup>18</sup> Das heißt, zwei Prozent ist nicht apodiktisch zu verstehen. Man kann auch darunter bleiben, nur das Bemühen um die Erreichung des Zieles muss erkennbar sein. Von der Leyen, gefolgt von Merkel und Seehofer bildet hier die Speerspitze. Sie orientieren auf zwei Prozent. Außenminister Gabriel und SPD-Kanzlerkandidat Schulz rücken davon ab.

Was bedeuten zwei Prozent des BIP für unser Land? Sehr viel. Der Einzelplan 14 für dieses Jahr liegt bei 37 Milliarden Euro. Das macht 1,2 Prozent des BIP von rund 3.100 Milliarden Euro aus. Die Bundesregierung rechnet 2020 mit einem BIP von über 3.500 Milliarden. Setzt sich die Steigerung so bis 2024, dem Zieljahr, fort, wird das BIP dann bei 4.000 Milliarden Euro liegen. Zwei Prozent davon bedeuten dann den Wahnsinn von 80 Milliarden für Bundeswehr und Bundespolizei. So

rechnet die NATO. 3,3 Milliarden verschlingt davon die Bundespolizei. Mit anderen Worten: Der Einzelplan 14 wird sich auf mehr als 75 Milliarden Euro verdoppeln – wenn es so kommt.

Wir kennen die jüngsten Umfragen. EMNID hat repräsentativ unmittelbar vor der Münchner Siko Mitte Februar ermittelt, dass sich „nur 25 Prozent der Befragten dafür aus(sprechen, L.H.), den deutschen Rüstungsetat [...] zu erhöhen. Die Mehrheit der Befragten will mit 60 Prozent weder höhere Rüstungsausgaben noch ein stärkeres militärisches Engagement Deutschlands.“<sup>19</sup> Mit anderen Worten: Befürworter von Aufrüstung stellen krass die Minderheit. Da wittert die SPD in Wahlkampfzeiten ein lukratives Thema. Gabriel warnt davor, dass in der Mitte Europas auf diese Weise ein „Militärbulle“<sup>20</sup> entstehen könnte. Laut FAZ „lehnte“ er „auf dem SPD-Parteitag das Zwei-Prozent-Ziel ab. Er sprach von „gigantischen, in der Konsequenz falschen Zielen.“ Und „Das Zwei-Prozent-Ziel sei ‚sicherheitspolitisch nicht zu begründen.“<sup>21</sup> Eine ‚Verdopplung des Wehretats ... werden wir in dieser Form nicht machen,“<sup>22</sup> sagte er.

Vergessen möchte er machen, dass das Zwei-Prozent-Ziel bereits im Weißbuch 2016 steht. Das Weißbuch ist ein Gemeinschaftswerk von Union und SPD zusammen. Darin heißt es gleich an zwei Stellen, dass Deutschland dem Ziel verpflichtet bleibe, seinen Wehretat ‚langfristig‘ an die Zielgröße von zwei Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) ‚anzunähern‘.<sup>23</sup> Nun gut, auch das klingt nicht apodiktisch.

Aber, gemeinsam verantworten CDU/CSU und SPD die krasse Steigerung des Militärhaushalts um 8 Prozent für dieses Jahr und die Eckwerte der Finanzplanung bis 2021. Demnach soll der Verteidigungshaushalt 2021 auf 42,3 Milliarden Euro steigen. Ein Plus von 14 Prozent, was durchschnittlich jährlich „nur“ ein Plus von 3,5 Prozent bedeutet. Gabriel steht ausdrücklich zu diesen Erhöhungen. Allerdings: damit wäre das Ziel 2024 kaum erreichbar, denn Steigerungen danach um 20 Prozent jährlich, die dafür notwendig wären, scheinen utopisch. Allerdings legt der neue Bundestag die Politik bis dahin fest.

Noch eine Zahl ist in diesem Zusammenhang von Bedeutung. 130 Milliarden Euro. Diese Summe nannte von der Leyen Anfang letzten Jahres als den Betrag, der bis 2030 insgesamt ausgegeben werden müsse, um neue Waffen und Ausrüstungen für die Bundeswehr anzuschaffen. Das wären im Schnitt pro Jahr 8,7 Milliarden Euro. In diesem Jahr sind es etwa sechs Milliarden. Die Steigerungsrate betrug zehn Prozent. Der Wille zur Geldausgabe für neue Waffen ist also bei Union und auch bei der SPD vorhanden.

Was haben Union und SPD mit dem enormen Zuwachs an Soldaten und Waffen vor? Darüber gibt das Weißbuch Auskunft, das im Juli letzten Jahres herauskam. Das Verteidigungsministerium hatte es vor der eigentlichen Veröffentlichung an transatlantisch orientierte Leitmedien ausgegeben – noch bevor die Bundestagsabgeordneten es kannten. Die Journalisten setzten das Werk ins regierungsgenehme rechte Licht. Die FAZ titelte programmatisch: „Weißbuch: Deutschland als Gestaltungsmacht.“<sup>24</sup> In der Süddeutschen resümiert Stefan Kornelius, ihr Ressortchef Außenpolitik: „Das neue Weißbuch ist – gemessen an seinen Vorgängern – von neuer Klarheit. Noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg hat sich das Land so deutlich zu seiner führenden Rolle in der Welt (sic!) bekannt und daraus auch eine sicherheitspolitische Verpflichtung abgeleitet.“<sup>25</sup> Derselbe hebt hervor, dass bei der Interessendefinition Deutschlands „an dritter Stelle bereits – Prosperität und ungehinderter Welthandel“ stehen. „Will heißen“, so Kornelius: „Die Freiheit der Meere und die Versorgung mit Rohstoffen stehen im Interessenkatalog ganz oben.“<sup>26</sup>

Bezüglich der Haltung zu Russland gibt es im Vergleich mit dem Weißbuch von 2006 gravierende Änderungen ins Gegenteil. Damals war noch davon die Rede „eine dauerhafte und belastbare Sicherheitspartnerschaft mit Russland zu entwickeln und zu vertiefen“<sup>27</sup>, und von Russland als „herausgehobener Partner von NATO und EU“<sup>28</sup> wurde gesprochen. Die Änderung bringt Kornelius auf den Punkt: „Seit dem Kalten Krieg hat keine Bundesregierung so eindeutig ein Land als bedrohlich gezeichnet.“<sup>29</sup> Unterschlagen wird hier, dass die NATO-Staaten zehnmal so viel für das Militär ausgeben wie Russland und viermal so viele Soldaten unter Waffen haben. Russland ist in der Defensive.

Die Aufrüstung Deutschlands verändert aber auch nach dem Brexit die Stellung des Landes in Europa im militärischen Bereich. Denn würde die nach Deutschland zweitgrößte Wirtschaftsmacht der EU, Frankreich, ebenfalls 2 Prozent für das Militär ausgeben, wäre Deutschland die größte Mili-



tärmacht der EU. Das liegt daran, dass Frankreichs BIP um 30 Prozent unter dem deutschen liegt und somit auch dessen Militärausgaben.

### **Damit kämen wir zur EU-Militarisierung.**

Nach dem Brexit verstärkt die Bundesregierung ihre Bemühungen, die militärische Komponente der EU massiv zu stärken. Sie wird zwar immer als Stärkung von NATO und EU kommuniziert, aber die Wortmeldungen pro EU-Armee häufen sich. Besonders hervortun sich da Gabriel, Juncker und Kauder.

Am 10.02. überraschte die FAZ mit der programmatisch zu verstehenden Aussage: „Die Bundeswehr entwickelt sich zur führenden NATO-Armee in Europa“<sup>30</sup>. Man fragt sich: Wie kommen die darauf? Aufgrund folgender Vorhaben:

Je eine tschechische und eine rumänische Brigade ordnen sich deutschen Divisionskommandos zu, üben gemeinsam, um die Kampfkraft zu steigern. Mit den Niederländern ist das ohnehin schon der Fall. Zwei Drittel der holländischen Heeresverbände sind den deutschen Kommandostrukturen unterstellt.

Nur zwei Tage danach wurde bekannt, dass Deutschland und Frankreich gemeinsam eine Lufttransportstaffel aufstellen wollen, tags darauf wurde die Absicht verkündet, eine Luftbetankungsflotte mit vier weiteren europäischen NATO-Ländern zu bilden. Im März wurde ein EU-Hauptquartier ins Leben gerufen, um den Armeeaufbau der fünf Länder der Sahel-Zone unter deutsch-französischer Führung in Angriff zu nehmen. Zuvor schon vereinbart war die Zusammenarbeit bei der Kampf-drohnenentwicklung in Europa und die Bildung der superschnellen NATO-Eingreiftruppe mit deutscher Beteiligung. Der Leitartikler der FAZ wagt einen strategischen Blick in die Zukunft: „Das Geflecht dieser Zusammenarbeit der europäischen NATO-Partner unter maßgeblicher deutscher Führung kann auf diese Weise zum Wurzelwerk einer europäischen Armee werden.“<sup>31</sup>

Mein letzter Punkt: Es ist nicht nur so, dass Deutschland aufrüstet. Es rüstet auch andere auf. Das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI veröffentlichte im Februar seine Zahlen über den weltweiten Rüstungshandel 2016. Deutschlands Weltmarktanteil steigerte sich von 6,3 Prozent (2015) auf 9 Prozent (2016). Die Zahlen müssen alarmieren. Deutschland belegt damit weltweit nach den USA und Russland Platz 3 und ist wieder nach 2014 der größte Waffenexporteur der EU. Die Angaben von SIPRI erfassen Großwaffensysteme. Auch die Entwicklung des deutschen Exports von Kleinwaffen löst weiter Besorgnis aus. Der Wert ihrer Ausfuhrgenehmigungen stieg 2016 insgesamt um 47 Prozent gegenüber dem Vorjahr und in Drittländer, also außerhalb von NATO und EU, um 13 Prozent. Der Kampf um den Stopp des Exports von Kleinwaffen und um ein Verbot deutscher Rüstungsexporte insgesamt bleibt weiterhin von sehr großer Bedeutung.

Ich hoffe damit genug Anregungen für friedenspolitisches Handeln gegeben zu haben. Danke.

### **Fußnoten**

- <sup>1</sup> *Verteidigungspolitische Richtlinien für den Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung vom 26. November 1992 (Wortlaut) in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 9/1993, Seiten 1137 bis 1151, Seite 1139*
- <sup>2</sup> *CDU/CSU Bundestagsfraktion, Eine Sicherheitsstrategie für Deutschland, 6. Mai 2008, 13 Seiten, Seite 6, <http://www.cdu.de/doc/pdfc/080506-beschluss-fraktion-sicherheitsstrategie.pdf>*
- <sup>3</sup> *Bundesminister der Verteidigung, Verteidigungspolitische Richtlinien, 27*
- <sup>4</sup> *Vgl. VPR Seite 5*
- <sup>5</sup> *Vgl. ebenda*

- 
- <sup>6</sup> Der Einsatz mit den meisten Soldaten zurzeit ist der in Afghanistan mit über 1.000, gefolgt von den beiden Einsätzen in Mali mit zusammen über 900 Soldaten, KFOR im Kosovo mit über 500 und dem in Litauen mit 450 Soldaten, dann „Counter Daesh“ in Syrien und dem Ausbildungseinsatz im Irak mit zusammen über 400 Soldaten, dann die Marineeinsätze UNIFIL vor dem Libanon mit 130 und „Sophia“ vor Libyen und Atalanta vor Somalia mit je 80. Die personell kleinsten sind ein EU-Ausbildungseinsatz in Somalia, Beobachtungseinsätze in Darfur, im Süd-Sudan sowie in der West-Sahara mit Soldatenzahlen zwischen 1 und 9.
- <sup>7</sup> Generalleutnant Jörg Vollmer, Inspekteur des Heeres: „Schnell, Durchsetzungsfähig, Kampfstark. Elemente der Ausrichtung des Deutschen Heeres“; in: Infobrief Heer, Februar 2016; [http://www.fkhev.de/fileadmin/user\\_upload/daten/infobriefheer/InfoBriefHeer\\_1-2016.pdf](http://www.fkhev.de/fileadmin/user_upload/daten/infobriefheer/InfoBriefHeer_1-2016.pdf)
- <sup>8</sup> Marius Pletsch „Bestandsaufnahme Drohnen“, IMI, Stand 5.3.17, 145 MIKADO im Nahbereich bis 500 m sowie 44 KZO, 290 ALADIN und 85 LUNA mit Reichweiten von jeweils bis zu 100 km Entfernung. Neu sind 10 PD-100 Black Hornet PRS (Gewicht 16 Gramm, libellengroß, mit 3 Kameras bestückt, Flugdauer 20 bis 25 Min). Als „Einsatzsofortbedarf“ für Spezialkräfte
- <sup>9</sup> Diese Schar soll ab 2020 modernisiert und ersetzt werden. Das Projekt nennt sich HUSAR.
- <sup>10</sup> Bundeswehr bekommt neue Drohnen, [sueddeutsche.de](http://sueddeutsche.de) 07.03.2017
- <sup>11</sup> Augen geradeaus, 27.01.2016, Die neue Großgeräte-Liste: Weg von den Obergrenzen, <http://augengeradeaus.net/2016/01/die-neue-grossgeraete-liste-weg-von-den-obergrenzen/#more-22820>
- <sup>12</sup> Verbandsführung, U-Boot-Jagd, Pirateriebekämpfung, Flugabwehr, Drohnen.
- <sup>13</sup> Spiegel online.de 03.02.2017, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/thyssenkrupp-norwegen-bestellt-u-boote-a-1133056.html>
- <sup>14</sup> Sie erhalten dafür 1.000 Pfund-Bomben (GBU-48) mit lasergeführtem Zielendanflug sowie GPS-Navigation.
- <sup>15</sup> Seine offiziellen Aufgaben: „verbunkerte Führungsgefechtsstände, Fernmeldezentren, Versorgungseinrichtungen, Brücken, Flugzeuge am Boden, Flugplatzinfrastruktur und Luftverteidigungsstellungen“ Strategie & Technik Januar 2011, Seite 6
- <sup>16</sup> Die Entscheidung darüber wird auf die Zeit nach der Bundestagswahl 2017 verschoben, FAZ 08.03.2017
- <sup>17</sup> Vgl. DER SPIEGEL 25.03.2017, Seite 30
- <sup>18</sup> Gipfelerklärung von Wales, 05.09.2014, 37 Seiten, Seite 5
- <sup>19</sup> N 24, 16.02.2017, <http://www.presseportal.de/pm/13399/3562916>, Auch interessant: „20 Prozent der Deutschen befürworten ein stärkeres militärisches Engagement der Bundeswehr.“
- <sup>20</sup> DER SPIEGEL 25.03.2017, Seite 28
- <sup>21</sup> Gabriel gegen Zwei-Prozent-Ziel, FAZ 28.03.2017
- <sup>22</sup> FAZ 20.03.2017
- <sup>23</sup> Weißbuch 2016, 143 Seiten, Seite 67 und Seite 117. BMVg.de
- <sup>24</sup> FAZ 27.05.2016, Seite 1
- <sup>25</sup> Süddeutsche Zeitung 13.06.2016
- <sup>26</sup> Zuerst stehen: (1) Schutz der Bürger und des Landes, (2) Schutz der Verbündeten
- <sup>27</sup> Weißbuch 2006, 149 Seiten, Seite 10 und Seite 23, [www.BMVg.de](http://www.BMVg.de)
- <sup>28</sup> Weißbuch 2006, Seite 55
- <sup>29</sup> Süddeutsche Zeitung 13.06.2016
- <sup>30</sup> FAZ 10.02.2017
- <sup>31</sup> FAZ 17.02.2017

**Helmut Kellershohn**

## **Radikalisierung der Mitte? Ein Kommentar zu den jüngsten Wahlerfolgen der AfD**

**Vortrag, 6. Bundeskongress VVN-BdA, Frankfurt am Main, 1. April 2017**



Die AfD schwimmt, gemessen an ihren Ergebnissen bei den Landtagswahlen seit 2014, zweifellos auf einer Erfolgswelle. In allen zwölf Landtagswahlen gelang ihr der Sprung in die Landesparlamente, sieben Mal lag sie im zweistelligen Bereich. Bei den LT-Wahlen 2016 kam sie zweimal über die zwanzig Prozent (ST 24,3%, MV 20,8%), in drei Ländern, darunter in einem ‚westlichen‘ Bundesland (BW), wurde sie zur stärksten Oppositionspartei; im ‚Merkel-Land‘ Mecklenburg-Vorpommern überrundete sie gar die

CDU. Selbst die jüngste Krise der AfD verhinderte es nicht, dass sie im Saarland und in Schleswig-Holstein die Fünf-Prozent-Hürde, wenn auch knapp, überwinden konnte. Der Einzug in den nächsten Bundestag ist nach Lage der Dinge sehr wahrscheinlich.

### **Worauf beruht dieser Erfolg?**

1. Die AfD ist keine Ein-Punkt-Partei, auch wenn sie zunächst von der Eurokrise und dann der Flüchtlingsdebatte profitiert hat; sie ist keine Partei, die sich auf das randständige Image einer Neonazi-Partei reduzieren ließe, auch wenn sie zweifellos einen starken (und stärker werdenden) völkischen Flügel hat und immer wieder extrem rechte Kräfte in der Partei ‚enttarnt‘ werden; sie ist keine reine Protestpartei, sondern verfügt über einen stabilen Anhängerstamm, der in etwa genauso groß ist wie der in den Anfangsjahren der Grünen. Die Stärke der AfD liegt vielmehr darin, dass sie eine Sammlungsbewegung ist, die sich aus verschiedenen ideologischen Strömungen zusammensetzt. Sie ist ideologisch breit aufgestellt, kann von dorthier die unterschiedlichsten Themen generieren, die für den nötigen öffentlichen Resonanzraum sorgen können. Und vor allem: Die AfD ist Ausdruck von Bruchstellen, die in den letzten Jahren die staatstragenden Parteien durchzogen haben. Sie ist, wenn man so will, Fleisch vom Fleische der ‚Staatsparteien‘, insofern auch ein Abkömmling der Eliten, die zu bekämpfen die AfD vorgibt.

2. Wie bei jeder Sammlungsbewegung ist auch die Entwicklung der AfD durch heftige innerparteiliche Konflikte und Flügelbildungen geprägt gewesen, teils bedingt durch Rangkämpfe innerhalb des Führungspersonal, teils bedingt durch das unvermeidliche Ringen um einen tragfähigen ideologischen Konsens. Auch nach der Abspaltung des Lucke-Henkel-Flügels gingen diese Kämpfe weiter, nicht zuletzt durch die rege propagandistische, auf massive Provokationen setzende Tätigkeit des durch Teile der Neuen Rechten (Institut für Staatspolitik) inspirierten völkischen Flügels um Björn Höcke und André Poggenburg.

Mit dem Grundsatzprogramm, das 2016 verabschiedet wurde, hat sich eine vorläufige Kompromissstruktur auf programmatischer Ebene herauskristallisiert, die allerdings, wie die jüngsten Auseinandersetzungen um Björn Höcke und Frauke Petry gezeigt haben, durch die reale Entwicklung der Partei gefährdet erscheint. Anders ausgedrückt: Die Gewichte zwischen den Strömungen der Partei haben sich nach rechts verschoben, notdürftig überdeckt durch die Personalentscheidungen auf dem letzten Bundesparteitag. Der programmatische Kompromiss von 2016 beruhte vor allem auf folgenden Säulen:

Erstens auf der Idee eines „starken Staates“, eines „nationalen Wettbewerbsstaates“, der nach innen die Gesetze der ‚freien‘ Marktwirtschaft exekutiert und nach außen eine Renationalisierung der Wirtschaftspolitik einfordert, gegen EU, Euro und TTIP; zweitens auf der Betonung der nationalen Souveränität und des nationalen Interesses in außen- und militärpolitischer Hinsicht, wobei zur Zeit die Mitgliedschaft in der Nato (noch) nicht in Frage gestellt wird; drittens auf der Fiktion einer weitgehend ethnisch-kulturellen Einheit der Nation, einerseits in der Tradition des völkischen Nationalismus (Volk als Abstammungs- und Zeugungsgemeinschaft, restriktive Zuwanderungs- und Asylpolitik), andererseits unter (angemaßter) Berufung auf christliche und aufklärerische Traditionen mit Stoßrichtung gegen das erklärte Feindbild des Islams; viertens auf einer nationalidentitären Sinnstiftung von Geschichte; fünftens auf einer Idealisierung und Protegierung der bürgerlichen Kleinfamilie mitsamt der Attribute, die dieser Institution zugewiesen werden (traditionelle Geschlechterrollen, Betonung der Reproduktionsfunktion etc.); sechstens auf der Ablehnung der Energiewende und der Klimaschutzpolitik; siebtens auf dem Konzept eines Staatsumbaus, der direkt-demokratische Verfahren mit einer Stärkung der Rolle des Bundespräsidenten verbindet und damit an Konzepte aus der Weimarer Republik anknüpft, die in die Richtung eines plebiszitären Präsidialregimes weisen.

3. Entgegen ihrer Genese als einer dominant neo(national)liberalen und nationalkonservativen Gruppierung mit besitz- und bildungsbürgerlichem Habitus ist es der AfD gelungen, Wählerschichten aus der Arbeiterklasse zu erschließen. Sie ist mittlerweile, was die Sozialstruktur ihrer Wählerschaft anbetrifft, sehr viel breiter aufgestellt als noch 2014. Symptomatisch hierfür war die Eroberung eines Direktmandats in einem traditionell sozialdemokratisch wählenden Wahlbezirk in Mannheim oder etwa, bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus, die Eroberung von vier Direktmandaten in Ostberlin. Die wachsende Bedeutung des völkischen Flügels in der Partei (Hajo Funke spricht vom „dynamischen Zentrum“), dem Gauland und Petry teils bereitwillig, teils gezwungenermaßen ‚Tribut‘ zollten, hat dazu ebenso beigetragen, wie die populistische Ansprache an ein plebejisches Protestpotential. Die Überlagerung der Frontstellung gegen ‚die da oben‘ durch die völkische Entgegensetzung von ‚deutsch‘ und ‚nicht-deutsch‘, wie sie sich in der semantischen Umwidmung der Parole „Wir sind das Volk“ niederschlägt, wurde sowohl durch Pegida als auch die AfD im Kontext der Flüchtlingsbewegung propagandistisch inszeniert. Der auch in Arbeiterschichten vorhandene Alltagsrassismus erhielt dadurch eine politische Stoßrichtung, von der die Linke (sowohl in der LINKEN als auch in der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften) sichtlich überrascht wurde. Klaus Dörre hat diesbezüglich von einer „national-sozialen Gefahr“ gesprochen, die von solcher Art Rechtspopulismus ausgehen könne. Es gäbe unter Lohnabhängigen Orientierungen, die „kognitive und emotionale Brückenschläge zum Rechtspopulismus“ beinhalteten. Er unterscheidet zwischen „rebellischen“, „konservierenden“ und „konformistischen“ Einstellungen. Ich zitiere etwas ausführlicher:

„Die ‚rebellische‘ Variante findet sich vor allem bei Arbeitslosen und prekär Beschäftigten. Ihnen dient das negativ besetzte Feindbild der Anderen, Fremden, Ausländer etc. vor allem dazu, mittels Abgrenzung positiv besetzte eigene Zugehörigkeiten zu konstruieren. Auf die ‚konservierende‘ Variante (stößt man) bevorzugt bei formal gut integrierten Beschäftigten, die sich mit drohendem sozialem Abstieg konfrontiert sehen oder zumindest von Abstiegsängsten getrieben werden. Sie versuchen, ihre eigene soziale Position zu verteidigen, indem sie Ressentiments als Triebfeder „gesellschaftlicher und politischer Aktion“ (Castel 2005: 67 f.) nutzen. Ressentiments gegen andere werden gezielt als Mittel in der Konkurrenz um Ressourcen und gesellschaftlichen Status eingesetzt. Im Grunde geht es diesen Beschäftigten darum, das Sicherheitsversprechen des Sozialkapitalismus zu bewahren, indem die Zahl der Anspruchsberechtigten nach ethnischen, nationalen oder kulturellen Kriterien begrenzt wird. (...) In diesem ‚reaktiven Nationalismus‘ paart sich ein rudimentärer Klasseninstinkt mit einer Mischung aus Missgunst und Verachtung, ‚die auf Unterschieden zwischen sozialen Lagen fußt und bei der man die Verantwortung für das eigene Unglück bei jenen Gruppen sucht, die sich auf der sozialen Leiter knapp oberhalb oder knapp unterhalb der eigenen Position befinden‘ (Ebd.: 68).

(Die) ‚konformistische‘ (Einstellung) taucht bevorzugt in höheren, abgesicherten beruflichen Positionen auf. Um eine ‚konformistische‘ Variante handelt es sich, weil sie wesentlich auf Überanpassung an hegemoniale Normen beruht und sich durch eine eher affirmative Haltung zu einem

marktzentrierten Umbau des Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells der Bundesrepublik auszeichnet. Charakteristisch für diese Variante ist, dass Team, Belegschaft und Nation als Gemeinschaften hart arbeitender Menschen konstruiert werden. Wer den Leistungserwartungen dieser Gemeinschaften nicht entspricht, dem wird die Zugehörigkeit verweigert. Was sie von sich selbst erwarten, die vorbehaltlose Erfüllung vorgegebener Leistungsnormen, verlangen die Betroffenen auch von anderen. Integration von Migranten ist für sie daher nur als einseitige Integration in die ‚deutsche Kultur‘ der Leistungsbereiten vorstellbar. Und gerade hier sehen die ‚Konformisten‘ eine Gerechtigkeitslücke. Das eigene Streben nach nahtloser Integration in die betriebliche Arbeitswelt dient als normative Referenzfolie, um gesellschaftliche Probleme zu bewerten. Integration, etwa von Geflüchteten, ist dann nur noch als Assimilation, als nahtlose Anpassung an die dominante Kultur denkbar.“

Insgesamt kommt Dörre zu der These, dass die Zustimmung von Lohnabhängigen zu Positionen der AfD und Pegida als Reflex auf die „Zumutungen und Zwänge des Marktes“, der neoliberalen Durchökonomisierung der Gesellschaft und der Imperative der Konkurrenz zu verstehen ist. Die Bearbeitung dieser Zumutungen erfolge nicht in Richtung des „Marx’schen Klassenuniversalismus“, sondern in der Tendenz, „klassenspezifische Grenzen abzustecken, auf deren Basis [beansprucht werden kann], vor dem Mahlstrom des Marktes und der Konkurrenz geschützt zu werden.“ Völkisch-nationalistische Ideologeme, die Berufung auf das Volk in einem ethnischen Sinne, bieten sich hier gerade zu an, adaptiert zu werden.

### Radikalisierung der Mitte?

4. Lassen Sie mich an dieser Stelle auf die Rede von der Radikalisierung der Mitte eingehen. Sie erinnert doch stark an die verbreitete faschismuserklärende Theorie vom „Extremismus der Mitte“, wie sie von Seymour Martin Lipset Ende der 1950er Jahre ins Spiel gebracht wurde. Wolfgang Kraushaar hat in einem vielbeachteten Aufsatz die seitdem gebräuchlichen Verwendungsweisen dieses Ansatzes aufgelistet. Gebraucht wurde der Ansatz „1. (...) zur Kennzeichnung der sozialen Herkunft der Täter; 2. (...) zur Identifizierung der Komplizenschaft zwischen Tätern und Politikern, besonders zwischen rechtsradikalen Drahtziehern und staatlichen Behörden; 3. (...) zur Charakterisierung moderner rechtspopulistischer Parteien und 4. (...) zur Analyse reaktualisierter rechtskonservativer Ideologien.“

Bleiben wir bei der ersten Fassung, das ist ja auch die klassische: Faschismus als eine spezifische Mittelklassenbewegung. Dagegen sind im Wesentlichen drei Einwände vorgebracht worden: 1. die Nichtunterscheidung von Bewegungs- und Systemphase des Faschismus; 2. der herrschaftssoziologische Einwand: nirgendwo ist der Faschismus ohne Kooperation mit den herrschenden Eliten an die Macht gekommen; und 3. hat die Verfeinerung der wahlsoziologischen Analysen gezeigt, dass der Faschismus eine klassenübergreifende Bewegung gewesen ist, freilich mit einem ausgeprägten „Mittelstandsbauch“.

Gerade der letzte Punkt scheint mir wichtig zu sein, wenn heute mit Blick auf die AfD und Pegida wieder die Frage nach einem neuen Faschismus aufgeworfen wird. Unabhängig davon, ob diese Kennzeichnung der AfD in ihrer gegenwärtigen Gestalt sinnvoll ist – historische Analogiebildungen sind immer fragwürdig und bekanntlich wiederholt sich Geschichte nicht nach einem eins zu eins Muster –, also unabhängig davon sollte man sich darüber im Klaren sein, dass die Rede von der Mitte als einem sozialräumlichen Ort durchaus fragwürdig ist. Weder handelt es sich hier um ein einheitliches Gebilde (im soziologischen Sinne) noch um eine irgendwie geartete Mitte der Gesellschaft (im symbolischen Sinne), die, wie von der AfD in ihrem Grundsatzprogramm angedeutet, mythologisch als das „Herz“ der Gesellschaft imaginiert werden könnte.

Merkwürdigerweise problematisieren die Dresdner Mitte-Studien den Mitte-Begriff nicht. 2014 sprach man von einer „stabilisierten Mitte“, zwei Jahre später von der „enthemmten Mitte“. Die Ausführungen in der Studie sind nüchterner:

„Weiterhin sind Menschen aus allen Bevölkerungsgruppen rechtsextrem eingestellt, aber ihr Anteil hat nicht zugenommen. Auch das politische System scheint an Vertrauen eher gewonnen zu haben: Möglicherweise durch die Legitimationskraft der wirtschaftlichen Stärke scheint die politische Stimmung gut und der gefühlte Einfluss der Bevölkerung auf die politischen Prozesse sogar posi-

tiv bewertet zu werden. Das ist allerdings mit Blick auf die besondere historische Situation insofern überraschend, als die öffentliche Artikulation rechts-autoritärer Bewegungen häufiger und lauter geworden ist, die auch die Ablehnung der Repräsentanten des demokratischen Verfassungsstaates einschließt.“

Was also in besorgniserregender Weise zugenommen hat, ist zum einem der Vertrauensverlust in die demokratischen Institutionen (vor allem Parteien), zum anderen die Bereitschaft, Gewalt zu akzeptieren oder selbst anzuwenden, in einem Milieu, das die Studie als antidemokratisch-autoritäres Milieu qualifiziert, während auf der anderen Seite das demokratische Milieu sogar noch an Stärke zugenommen hat. Insgesamt müsste also die Studie eher von einer Polarisierung der Mitte sprechen, was sie dann ja auch an mehreren Stellen tut. (Zur sozialen Basis der AfD vgl. z.B. Friedrich 2017, Seiten 82-90)

5. Wenn ich hier den Begriff der Mitte eher skeptisch betrachte, kann ich mich auf den Altmeister der deutschen Konservatismus-Forschung berufen, nämlich auf Kurt Lenk, der mal in einem Aufsatz von der „Magie der Mitte“ als einem Bestandteil der politischen Kultur der Bundesrepublik und ihres politischen Symbolsystems gesprochen hat. Ähnlich übrigens wie Jürgen Link, der die Mitte-Symbolik als Kern eines politischen Normalitäts-Dispositivs begreift. Im Gegen-



satz zur klassischen Links-Rechts-Topik der Französischen Revolution, in der die Mitte eine absolute Grenze zwischen dem rechten und linken Spektrum der Republik bezeichnet, in der sich symbolisch der „Sumpf“ der Unentschiedenen und Kompromissler verdichtet, wird in dem bundesrepublikanischen Normalitätsdispositiv die Mitte symbolisch aufgewertet und die Grenze in das Außen der Mitte verlagert und so die Abgrenzung von den Extremen zur Linken und Rechten verlagert. Wir kennen dieses Muster aus der staatsoffiziellen Rechtsextremismusforschung und der ihr zugrundeliegenden Totalitarismustheorie. Kurt Lenk erklärt die in der bundesrepublikanischen Symbolpolitik seit den 50er-Jahren herrschende „Magie der Mitte“ u.a. als Resultat traumatischer geschichtlicher Erfahrungen: Nach dem Ende des II. Weltkrieges schienen die konservativen Rechtsparteien diskreditiert, da sie an der Zerstörung der Weimarer Republik beteiligt waren. Auf das linke Lager wiederum wirkte nachhaltig die vom KPD-Urteil ausgehende Drohung gegenüber alle „Linksabweichungen“ sowie der im Zuge des Kalten Krieges wieder erstarkte Antikommunismus. Aus dieser Situation ergab sich schließlich seit den 60er Jahren ein dominantes Spektrum bundesrepublikanischer Mitte-Parteien, die sich unterschiedslos als „Volksparteien“ verstanden, schon um Mehrheiten gewinnen zu können. Beispielfähig hierfür steht die Entwicklung der SPD hin zum Godesberger Programm 1959, mit dem sie ihren einstigen Charakter als „Klassen- und Weltanschauungspartei“ endgültig aufgab.

Vor diesem Hintergrund, so Kurt Lenk, den ich jetzt ausführlicher zitiere, wurde die „Mitte“ zum „Symbol für den sozialen und politischen Ausgleich, für die Harmonisierung von Gegensätzen; die ‚Mitte‘ wird von den Volksparteien als etwas beschworen, das die Lösung komplexer Fragen verspricht; zugleich enthält das Bekenntnis zu ihr eine Absage an beide sie flankierenden Extreme: von diesem Doppelcharakter der Beschwörung und der Absage leitet sich die geradezu magische Anziehungskraft ab, die die Mitte-Position offenbar für die Mehrheit der Wähler, vor allem aber für die so genannte schweigende Mehrheit besitzt. Wer die Mitte repräsentiert, beansprucht (...) einen realitätsgerechten, gewissermaßen ‚überparteilichen‘ Standpunkt jenseits bloßer partikularer Interessenvertretung. Da das Plädoyer für die ‚gesunde Mitte‘ die Verheißung einer höheren ‚dritten Position‘ enthält, die sich der ideologischen Einseitigkeit der linken und rechten Extreme entledigt habe, wird eine eher apathische Haltung, die einer als Interessenkonflikt verstandenen Politik ablehnend gegenübersteht, stets dazu neigen, sich den Parteien der Mitte anzuschließen.“

Soweit Kurt Lenk. Dieses Mitte-Modell, das kann man allerdings sagen, ist durch zwei Entwicklungen in eine Problemlage geraten. Aus linker Sicht zum einen durch die von Gerhard Schröder in Übereinstimmung mit Thesen aus dem Umfeld des Britischen Premiers Tony Blair implementierte Politik der „Neuen Mitte“, die mit ihren sog. Arbeitsmarktreformen (Hartz IV) dem Neoliberalismus allererst in Deutschland Tür und Tor geöffnet und als Reaktion darauf einer nicht nur auf Ostdeutschland beschränkten linken Partei zum Durchbruch verholfen hat. Die Folge für die Sozialdemokratie war der Verlust ihres Volksparteistatus und der Exodus traditioneller SPD-Wähler vor allem aus den unteren Mittelschichten und der Arbeiterklasse. Auf der anderen Seite, diesmal aus rechter Sicht, hat die Union unter Merkel alles daran gesetzt, sozialdemokratische und grüne Positionen im Rahmen einer Politik der asymmetrischen Demobilisierung zu übernehmen. Dieser von rechts monierte ‚Linksruck‘ der Union habe zu einem politischen Vakuum geführt, das die Notwendigkeit einer Partei rechts von der Union auf die Tagesordnung gesetzt habe.

6. Diese Entwicklungen haben die Brüchigkeit des bundesrepublikanischen Mitte-Modells deutlich gemacht. Zu denken geben muss, dass die Rechte in Gestalt der Neuen Rechten und der AfD von dieser Brüchigkeit in den letzten Jahren am meisten profitiert hat, begünstigt durch eine Reihe von Krisen und Verwerfungen, auf die ich jetzt kurz und knapp eingehen möchte.

Erstens wären hier anzusprechen die Rückwirkungen der von den führenden kapitalistischen Nationalstaaten vorangetriebenen Globalisierung auf diese Nationalstaaten selbst, wie sie u.a. an den Prozessen der Deindustrialisierung und der Ausweitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse unter dem Diktat neoliberaler Wirtschaftspolitik oder den mit den Folgen der Migration verbundenen Veränderungen des gesellschaftlichen Zusammenlebens sichtbar werden.

Zweitens haben die in den führenden kapitalistischen Industrienationen prozessierenden multiplen Krisen des letzten Jahrzehnts zu einer erheblichen Verunsicherung weiter Teile der Bevölkerung geführt, die das Vertrauen in die demokratischen Institutionen bei vielen Menschen erschüttert haben. Verbunden mit einer immer größer werdenden Einkommens- und Vermögensungleichheit, mit prekären Berufsperspektiven, erheblichen sozialen Verwerfungen, einer sich zuspitzenden ökologischen Krise und in der Folge mit Machtverschiebungen im politischen System ist die Legitimität demokratischer Prozeduren infrage gestellt. In den kapitalistischen Ländern zeigen sich aufgrund dieser Unsicherheiten sowie angesichts ökonomischer und sozialer Abstiegs- und Konkurrenzängste Empörung, Wut und Hass gegenüber den anscheinend unfähigen politischen und gesellschaftlichen Eliten, es konzentrieren sich diese Affekte und Ressentiments zugleich häufig gegen MigrantInnen und Flüchtlingen. Stimmengewinne für rechte, nationalistische und rassistische Parteien sind oftmals die Folge, was sich in etlichen Ländern der Europäischen Union zeigt.

Der Rechtsruck wird drittens begünstigt durch die Formveränderungen des staatlich-politischen Systems, wie sie bereits früh von Nicos Poulantzas mit seiner Theorie des „autoritären Etatismus“, in jüngerer Zeit von Colin Crouch („Postdemokratie“) oder etwa von Chantal Mouffe, die von einer „Oligarchisierung“ des politischen Systems spricht, diagnostiziert worden sind. Die von Angela Merkel eingeführte Rede von der „marktkonformen Demokratie“ hat unfreiwillig die Berechtigung der Kritik an diesen Formveränderungen unter der Ägide neoliberaler Regulations- und Regierungsweise deutlich gemacht.

Viertens hat die Liberalisierung des kulturellen Normen- und Wertesystems, wie sie von der 68er „Kulturrevolution“ angestoßen und vom Neoliberalismus (in seinen verschiedenen Schattierungen) aufgegriffen, integriert und zum Teil auch – unter ökonomischen Imperativen – deformiert wurde, zur Gegenreaktion einer konservativen, zum Teil fundamentalistischen und in Grundzügen „autoritären Rebellion“ relevanter Bevölkerungskreise geführt. Eine Polarisierung des gesellschaftlichen ‚Klimas‘ ist unübersehbar und schlägt sich beispielsweise im Bildungsbereich in Kämpfen um bildungspolitische Standards nieder. Ein „Kulturkampf von rechts“ hat sich eine antiliberale Revision des Normen- und Wertesystems mit der Perspektive eines Um- oder Neubaus des Staates zum Ziel gesetzt.

Die Rechte in Gestalt der Neuen Rechten und der AfD, damit komme ich zum Schluss, unterbreitet ein Angebot der Bearbeitung diese Krisen, Brüche und Verwerfungen. Es handelt sich um ein alternatives Angebot zur alten Mitte-Ideologie, das aber wesentliche Elemente dieser Ideologie teilt. Wenn Kurt Lenk von einer „Harmonisierung von Gegensätzen“ im Mitte-Modell spricht, dann eska-

motiert dies die Wahrnehmung von Klassenkonflikten aus dem öffentlichen Bewusstsein und natürlich auch aus dem Alltagsbewusstsein. Während nun die bundesrepublikanische Mitte-Politik sich auf ein sozialtechnologisches Konzept der Verteilungsgerechtigkeit konzentrierte (was dann durch die neoliberale Regierungsweise systematisch, wenn auch durchaus flexibel unterminiert wurde), bietet die Rechte ein neues Mitte-Modell an, das auf die Diffusion eines völkisch-nationalistischen Weltbildes setzt, das sich sowohl gegen den Neoliberalismus (als Weltanschauung und Regierungsweise) als auch gegen die expliziten oder unterschwelligeren Formen eines antikapitalistischen Bewusstseins richtet, für das der Begriff Klassenkampf kein Fremdwort ist.

Ein letztes Wort, um noch einmal auf die AfD zurückzukommen. Ich bin noch Ende des letzten Jahres davon ausgegangen, dass die innerparteilichen Kämpfe in der AfD zumindest noch bis zu den Bundestagswahlen unter der von mir vorhin skizzierten Kompromisslinie unter der Decke bleiben. Das ist nicht der Fall, wie die Rede Björn Höckes am 17. Januar gezeigt hat. Das Brisante an dieser Rede sind nicht die geschichtsrevisionistischen Ausführungen, sondern die Kampfansagen an die Parteiführung. Und dies in zweierlei Hinsicht: zum einen in der Konzeptionierung der Partei als einer „fundamentaloppositionellen Bewegungspartei“, zum anderen in dem Angriff gegen die neoliberalen Positionen in der Programmatik der AfD. Hier schließt sich der Kreis. Wenn Klaus Dörre folgendes schreibt: „Der neue Rechtspopulismus besetzt die soziale Frage und deutet sie in einen Verteilungskampf um, der zwischen innen und außen, zwischen zivilisierten und vermeintlich minderwertigen Kulturen ausgetragen wird“, so ist das sicherlich Konsens in der AfD. Er reicht aber nicht aus, um längerfristig die neoliberalen Positionen der AfD zu überdecken bzw. zu verdrängen. Anders ausgedrückt: Sollte sich das Konzept einer konsequent national-sozialen, fundamentaloppositionellen Bewegungspartei langfristig durchsetzen, wird die AfD ein anderes Gesicht haben als heute. Sie wird dem ähneln, was die NPD vormals propagierte: eine Volksfront von rechts, oder wie ich sage, es wird eine völkische Bewegung sein mit faschismusaffinen Zügen.

### **Literatur**

- Decker, Oliver u.a. (Hg.): *Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland*, Gießen 2016
- Dörre, Klaus: *Die national-soziale Gefahr. PEGIDA, Neue Rechte und die Verteilungsgerechtigkeit – sechs Thesen*, in: Karl-Siegbert Rehberg u.a. (Hg.): *PEGIDA – Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und „Wende“-Enttäuschung*, Bielefeld 2016, Seiten 259-274
- Friedrich, Sebastian: *Die AfD. Analysen-Hintergründe-Kontroversen*, Berlin 2017
- Kraushaar, Wolfgang: *Extremismus der Mitte. Zur Geschichte einer soziologischen und sozialhistorischen Interpretationsfigur*, in: Hans-Martin Lohmann (Hg.): *Extremismus der Mitte. Vom rechten Verständnis deutscher Nation*, Frankfurt a. Main 1994, Seiten 23-50
- Lenk, Kurt: *Die Links-Rechts-Skala und die Magie der Mitte*, in: Ders.: *Rechts, wo die Mitte ist. Studien zur Ideologie: Rechtsextremismus, Nationalsozialismus, Konservatismus*, Baden-Baden 1994, Seiten 11-13
- Link, Jürgen: *Schönhuber in der Nationalelf: Halbrechts, rechtsaußen oder im Abseits? Die politische Kollektivsymbolik der Bundesrepublik und der Durchbruch der neorassistischen Schönhuberpartei*, Duisburg 1990 (DISS-Texte Nr. 10)



Fabian Virchow

# Entgrenzung und Ordnung Entstehung und Artikulation einer völkisch-nationalistischen Massenbewegung in Deutschland

Vortrag, 6. Bundeskongress VVN-BdA,  
Frankfurt am Main, 1. April 2017



Im Schatten der sogenannten ›Flüchtlingskrise‹ hat sich in Deutschland eine völkisch-nationalistische Massenbewegung herausgebildet und stabilisiert, die sich parlamentarisch um die AfD und außerparlamentarisch um rassistische Medien und Netzwerke gruppiert. Sie interpretiert die zunehmende Zahl von Menschen, die in Europa Schutz suchen, als Angriff auf die ›Existenz des deutschen Volkes‹ und leitet daraus das Recht auf Notwehr und Beseitigung des demokratischen politischen Systems und einer offenen Gesellschaft ab. Schlüsselworte: Extreme Rechte, Rechtspopulismus, völkisch, Bürgerkrieg, Entgrenzung

## A. Einleitung

Die gewaltsame Eskalation politischer Konflikte insbesondere in Nordafrika und im Nahen Osten sowie ein weiterhin bestehendes erhebliches Wohlstandsgefälle zwischen dem globalen Norden und dem globalen Süden haben insbesondere im Jahr 2015 zu einer beträchtlichen Steigerung der Zahl Geflüchteter geführt, die in Europa Schutz und eine Zukunftsperspektive gesucht haben. Im Zuge dieser Entwicklung wurde die Dublin-Verordnung de facto außer Kraft gesetzt, mit der die EU seit Anfang 2003 die Zuständigkeit der EU-Mitgliedsstaaten bei Asylbegehren geregelt hatte: Ihr zufolge ist der Staat für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig, den der/die Asylsuchende im EU-Raum erstmals betreten hat. Dieses Verfahren hatte insbesondere EU-Mitgliedsstaaten an den EU-Außengrenzen vielfach vor Herausforderungen gestellt, konnte aber bereits vor der ›Flüchtlingskrise‹ in seiner rein administrativ-technischen Herangehensweise, die Geflüchtete nicht als handelnde Subjekte, sondern als Objekte von Verwaltungshandeln ansah, sekundäre Wanderungen innerhalb Europas nicht verhindern. Die Mehrheit der EU-Mitgliedsstaaten hat sich angesichts der Fluchtbewegungen des Sommers 2015 einer humanen Asylpolitik verweigert und ist zu einer rigiden Abschottungspolitik übergegangen, die auf Abschiebungen, Grenzkontrollen und die Vorverlagerung der Grenzen setzt, in deren Rahmen Asylanträge außerhalb Europas geprüft werden sollen. Die große Zahl der Geflüchteten hat zahlreiche Kommunen vor ernsthaftige Herausforderungen gestellt, so etwa hinsichtlich einer angemessenen Unterbringung der Schutzsuchenden oder der Bereitstellung von Möglichkeiten des Spracherwerbs. Ohne ein von unterschiedlichen sozialen und politischen Milieus getragenes breites bürgerschaftliches Engagement, das im Begriff ›Willkommenskultur‹ emblematisch verdichtet ist, wären die Aufgaben nicht zu bewältigen gewesen. Im Schatten der ›Willkommenskultur‹ – und diese rasch in den Schatten stellend – gewann die politische Rechte wieder die Deutungs- und Handlungshoheit mit Konzepten der Asyl- und Flüchtlingspolitik, die zentral an den Paradigmen Begrenzung und Kontrolle ausgerichtet ist. Für die extreme Rechte und rechtspopulistische Akteur\*innen hat sich nach der Kritik an der Europäischen Union und am EURO, die im Kern nationalistisch und souveränistisch angelegt war, ein

weiteres Feld der Agitation und Mobilisierung geöffnet. Diesen politischen Kräften ist es inzwischen gelungen, eine völkisch-nationalistische Massenbewegung zu entfesseln, die im außerparlamentarischen Raum neue Strukturen wie PEGIDA oder die ›Identitäre Bewegung‹, im parlamentarischen Feld insbesondere die AfD umfasst. Diese strebt – bei gewissen Differenzen in Einzelfragen – nach einer Renaissance völkischer Ordnung und bedient sich einer Strategie der Entgrenzung.

## B. Jenseits der ›Willkommenskultur‹

Im September 2015 sprach Josef Joffe, Herausgeber der Wochenzeitung ›Die Zeit‹, mit Blick auf die – medial vervielfältigte – ›Willkommenskultur‹ vom „deutschen Wunder“, das ihm die Abkehr von dem über Jahrhunderte wirksamen, auf Abstammung, Glaube und Sprache rekurrierenden Nationalitätsverständnis und damit einen grundlegenden kulturellen Umbruch zu markieren schien.<sup>1</sup> Gleichwohl ließ sich bereits in jenen Wochen – beispielsweise in den Leserbriefspalten vieler Tageszeitungen – beobachten, dass die zunehmende Zahl der Asylsuchenden auch Reaktionen der Verunsicherung, des Zweifels und der rassistisch motivierten Ablehnung sichtbar werden ließ. Dies kann insofern nicht überraschen, verdeutlichen doch Untersuchungen zu den politischen Einstellungen der Bevölkerung in Deutschland seit der SINUS-Studie der frühen 1980er Jahre<sup>2</sup>, insbesondere des Instituts für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld<sup>3</sup> sowie der sogenannten ›Mitte‹-Studien<sup>4</sup>, aber auch die regionalen Erhebungen für Sachsen<sup>5</sup> und Thüringen<sup>6</sup>, dass zahlenmäßig relevante Teile der Bevölkerung rassistische, antisemitische und nationalistische Einstellungsmuster aufweisen.

Als ein weiterer Indikator muss der Erfolg des Buches von Thilo Sarrazin gewertet werden, der unter dem Titel ›Deutschland schafft sich ab‹<sup>7</sup>, im Jahr 2010 eine rassistische Verfallsprognose<sup>8</sup> vorgelegt hat, die – über die für ein als ›Sachbuch‹ kategorisierte Schrift hohe Auflage von über 1,6 Millionen Exemplaren – insbesondere durch die wochenlange Berichterstattung der BILD-Zeitung popularisiert worden ist. Im Herbst 2010 erklärten 18 Prozent einer von Emnid durchgeführten repräsentativen Befragung, dass sie einer ›Sarrazin-Partei‹ ihre Stimme geben würden.<sup>9</sup> In einer weiteren empirisch angelegten Untersuchung vertraten 28 Prozent der Befragten ein geschlossenes Konzept der Zugehörigkeit der Deutschen bzw. des ›Deutsch-Seins‹.<sup>10</sup>

Die Geschichte der Anläufe zur dauerhaften Etablierung einer Partei rechts von CDU/CSU im parlamentarischen Raum ist lang. Exemplarisch zu nennen sind hier neben der NPD, die aufgrund ihrer Entstehung aus der rechtsextremen Stammkultur einen Sonderfall darstellt, ebenso die Partei ›Die Republikaner‹<sup>11</sup>, der nationalliberale ›Bund Freier Bürger‹ sowie die ›Partei Rechtsstaatliche Offensive‹ um Ronald Schill, die alle trotz zeitweiser parlamentarischer Repräsentanz in der politischen Bedeutungslosigkeit verschwanden.<sup>12</sup> Angesichts dieser im Vergleich mit zahlreichen anderen europäischen Ländern ungewöhnlichen Konstellation ist mit Blick auf die Bundesrepublik Deutschland vielfach von einer ›rechtspopulistischen Lücke‹ gesprochen worden. Die ›Alternative für Deutschland‹ ist auf dem Weg, diese zu schließen. Sie übt von rechts Druck auf die im Bundestag vertretenen Parteien aus und spricht in beträchtlichem Teil Menschen an, die sich vom etablierten Politikbetrieb abgewandt haben

## C. Die ›Alternative für Deutschland‹

Die im Februar 2013 aus der Taufe gehobene AfD – aufgrund zahlreicher Hochschullehrer in den Führungsgremien rasch als ›Professorenpartei‹ etikettiert – hat sich zunächst mit einer nationalistischen Kritik an der EU und der EURO-Rettungspolitik profiliert. Von Anfang an fanden sich in ihr unterschiedliche Strömungen zusammen – neben einer dezidiert marktliberalen Strömung gehörten ihr bereits früh auch nationalkonservative und extrem rechte Akteure an. Spätestens im Anschluss an den AfD-Parteitag in Essen am 4. Juli 2015 und der an der Absetzung des Parteivorsitzenden Bernd Lucke ablesbaren Entwicklung nach rechts lässt sich die Partei als rechtspopulistisch charakterisieren<sup>13</sup>, in der es einen starken Flügel gibt, der auf eine völkisch-nationalistische Profilierung drängt. Dabei steht weniger ein spezifischer, als populistisch im Sinne von emotionalisierend, vereinfachend und personalisierend verstandener Politik- und Kommunikationsstil im Vordergrund, sondern – entsprechend des Populismus als ›dünne Ideologie‹ – ein „Deutungsschema, das die Welt moralistisch als Dualismus von gutem Volk und korrupten Eliten wahrnimmt“<sup>14</sup> und im Falle des Rechtspo-

pulismus zusätzlich mit einer nativistisch grundierten Gegenüberstellung arbeitet, mittels derer die Ansprüchen der ›Anderen‹ bzw. der ›Fremden‹ auf politische und soziale Teilhabe zugunsten des als ethnisch homogen verstandenen ›Volkes‹ abgewiesen werden. Diese auf Identitätsstiftung zielende nationalistische Programmatik greift vielfach produktivistische Denkfiguren auf und kann so gegen all diejenigen in Stellung gebracht werden, die als ›unproduktiv‹ charakterisiert werden – seien es die ›faulen Griechen‹, gesellschaftlich marginalisierte Gruppen wie etwa Wohnungslose oder Sinti und Roma, kürzlich Zugewanderte – oder in antisemitischer Aufladung – das Judentum.

Zu den zentralen Themen der AfD zählen eine nationalistisch und wettbewerbspopulistisch begründete Kritik an der EU, die Ablehnung der interkultureller Gesellschaft sowie religiöser Vielfalt auf gleichberechtigter Grundlage (hier: insbesondere des Islam) sowie die Gegnerschaft zur einer vollständigen Gleichstellung der Geschlechter und sexueller Orientierungen.<sup>15</sup> Die angestrebte Rückkehr zu und Aufwertung von heteronormativen Familien- und Partnerschaftsmodellen stellt einen wichtigen Programmpunkt der AfD dar. Wirtschaftspolitisch verfolgt die Partei im Kern einen wirtschaftsliberalen Kurs, dem es u.a. um die Senkung der Staatsquote, Bürokratieabbau und die steuerliche Entlastung der Vermögenden geht. Inwiefern einzelne Forderungen wie die nach einem Mindestlohn zu einem national-sozial-protektionistischen Programm ausgebaut werden, bleibt abzuwarten. Zwar gibt es mit der AVA (Alternative Vereinigung der Arbeitnehmer) und den Aida (Arbeitnehmer in der AfD) gleich zwei Interessengruppen in der Partei, die für sich beanspruchen, Interessenvertreterin der ›kleinen Leute‹ zu sein, ihr Gewicht in der AfD ist jedoch vergleichsweise gering.

Das im Frühjahr 2016 im Rahmen des AfD-Parteitages in Stuttgart beschlossene Grundsatzprogramm dürfte den meisten Wähler\*innen im Detail unbekannt sein. Die AfD wird vielmehr als ›Marke‹ gewählt, mit der spezifische Schlagworte verbunden sind. Zu nennen sind insbesondere ein ›Demokratieversprechen‹ (›Wir verschaffen den nicht mehr Gehörten eine Stimme; ›Mut zur Wahrheit; Forderung nach Volksabstimmungen), die Ablehnung einer liberalen Migrations- und Asylpolitik sowie religiöser Pluralität, Renationalisierung (EU, Außenpolitik, nationale Identität) sowie die traditionellen heteronormativen Gesellschaftsmodelle.

Bereits zur Bundestagswahl im Herbst 2013 gaben 2.056.985 Wähler\*innen ihre Stimme für die AfD ab; ein Einzug in das Parlament blieb ihr allerdings knapp versagt. Bei der Wahl zum Europäischen Parlament im Mai 2014 gelang ihr mit etwa derselben Stimmenzahl der Einzug mit sieben Abgeordneten. Dem folgenden Verlust an Zustimmung – eine Umfrage im Juli 2015 sah die Partei bei 3–4 Prozent<sup>16</sup> – begegnete die AfD-Spitze mit einer sogenannten ›Herbstoffensive 2015‹, in deren Rahmen neben der ›Euro-Krise‹ vor allem das ›Asyl-Chaos‹ thematisiert werden sollte/wurde. Tatsächlich gelang es der AfD durch eine auf diskursive Zuspitzung und damit verbundene Medienresonanz gerichtete Taktik, aber auch aufgrund der häufigen Sichtbarkeit des AfD-Führungspersonals in den Polit-Talkshows das Ausmaß an Zustimmung und Unterstützung wieder auszubauen. Die Ergebnisse der Landtagswahlen in Baden-Württemberg (15,1 Prozent), in Rheinland-Pfalz (12,6 Prozent), in Sachsen-Anhalt (24,3 Prozent) sowie in Berlin (14,2 Prozent) und in Mecklenburg-Vorpommern (20,8 Prozent) zeugen von dieser Entwicklung. Hinsichtlich der Bundestagswahl im September 2017 liegt die Partei bei den Umfragen seit Anfang 2016 stabil über zehn Prozent.

In der AfD und um sie herum formiert sich seit der Gründung ein nationalkonservatives und völkisches Netzwerk, in das neben langjährigen Kadern der extremen Rechten auch Burschenschaften eingebunden sind. Michael Stürzenberger, Vorsitzender der rechtspopulistischen Partei ›Die Freiheit‹ erklärte Ende 2016 deren Auflösung, da mit der AfD ein erfolgreiches Modell gefunden sei, das gemeinsame Interesse zu vertreten. Das extrem rechte Monatsmagazin ›Zuerst!‹ bietet AfD-Politikern regelmäßig eine Plattform; die national-konservative Wochenzeitung ›Junge Freiheit‹, die im innerparteilichen Konflikt im Jahr 2014/15 zunächst auf den einstigen Parteigründer Bernd Lucke gesetzt hatte, wird vielfach als parteinahes Blatt wahrgenommen, das nun eine deutlich nach rechts gerücktes Projekt unterstützt. Zwar inszeniert sich die AfD als Anti-Establishment-Projekt (›gegen die Altparteien‹), gesellschaftliche Hierarchien werden jedoch nicht in Frage gestellt. Es geht darum, sich selbst an den Hebeln der Macht zu etablieren und Zugriff auf Ressourcen zu erlangen.

Wie eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zeigt, ist es der AfD gelungen, im Zeitraum von 2014 bis 2016 bereits eine Stammwählerschaft in der Größenordnung von 4-5 Pro-

zent aufzubauen. Unter Rückgriff auf Daten des Sozio-ökonomischen Panels zeigt sich für Personen mit Parteibindung, die der AfD zuneigen, im Zeitverlauf eine deutliche Steigerung der Anziehungskraft bei Arbeiter\*innen (von zwei auf elf Prozent) und bei Arbeitslosen (von einem auf fünfzehn Prozent).<sup>17</sup> Setzte sich die AfD-Anhängerschaft bei der Bundestagswahl zu über 80 Prozent aus Wähler\*innen der AfD, der NPD, der REP und sonstiger Parteien zusammen, waren dies im Jahr 2016 nur noch etwa ein Drittel. „In etwa gleichen Teilen von je mehr als 20 Prozent sind die restlichen WählerInnen von SPD, B90/Die Grünen und Linke (...) sowie WählerInnen von Union und FDP (...). 17 Prozent sind ehemalige NichtwählerInnen.“<sup>18</sup> Dass die AfD mit ihren völkischen und nationalistischen Positionen auch Anklang bei den Wähler\*innen anderer Parteien findet, bestätigt die Annahme, dass Personen mit entsprechenden Einstellungen so lange dort gebunden waren, so lange bestimmte Themen nicht prominent verhandelt werden und es keine dezidierte Rechtspartei gibt.

Nach wie vor ist die AfD eine Partei, in der stark konflikthaft um Einfluss gerungen wird; hiervon sind im Wahljahr 2017 mehrere Landesverbände betroffen. Es konkurrieren zudem unterschiedliche strategische Ansätze: jener, der unter bestimmten Bedingungen auf eine Koalition mit der CDU orientiert und sich in parlamentarische Verfahren einbringen möchte sowie jener Flügel, der den Charakter der AfD als Fundamental-Opposition erhalten und stärken will.<sup>19</sup>

#### D. PEGIDA, Identitäre und Co.

Im September 2016 verlor die älteste extrem rechte Partei in Deutschland, die NPD, im Zuge der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern – nicht zuletzt aufgrund der Wanderung von Wähler\*innen zur AfD – ihre letzten Landtagsmandate sowie die damit zusammenhängenden Ressourcen. In mehreren Bundesländern sind Prozesse des Zerfalls der Strukturen zu beobachten; und auch ein Scheitern des NPD-Verbotsverfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht würde an dieser Situation, die noch die finanziellen Probleme verschärft wird, wenig ändern. Neue Akteure haben die politische Arena betreten. Zu ihnen zählen insbesondere die Partei ›Die Rechte‹ und die Partei ›Der III. Weg‹. Die am 27. Mai 2012 in Hamburg gegründete Partei ›Die Rechte‹ hat mit ihren über 600 Mitgliedern ihre Aktionsschwerpunkte in Nordrhein-Westfalen, tritt aber auch in anderen Bundesländern auf. Ihr Vertreter im Stadtrat von Dortmund beehrte zu wissen, wie viele Juden in der Stadt leben würden. An anderen Orten organisierte sie Aktionen gegen Geflüchtete und Einwanderung. Ihr Gründer Christian Worch hatte die Partei unter Beteiligung ehemaliger Führungsmitglieder der ehemaligen ›Deutschen Volkunion‹ gegründet; wichtige Positionen werden von Aktivisten inzwischen verbotener neonazistischer Vereinigungen besetzt. Insbesondere in Süddeutschland ist die Partei ›Der Dritte Weg‹ aktiv, die am 28. September 2013 in Heidelberg gegründet wurde.<sup>20</sup> Dem Parteivorsitzenden Klaus Armstroff (ex-NPD) stehen auch hier Kader verbotener Vereinigungen zur Seite. Die Partei erinnert in der Inszenierung ihrer Aufmärsche an die im Februar 1995 verbotene ›Freiheitliche Deutsche Arbeiter-Partei‹ sowie die ›Fränkische Aktionsfront‹ (Verbot im Januar 2004). Daneben existiert eine Vielzahl an vor allem lokal oder regional aktiven neonazistischen ›Kameradschaften‹, die Flugblattverteilungen durchführen, Schulungsabende veranstalten und zu den Demonstrationen mobilisieren. Zum Teil führen sie explizit die Bezeichnung ›nationale Sozialisten‹ im Gruppennamen. Für diese Strömung der extremen Rechten hat sich die Bezeichnung ›neonazistisch‹ durchgesetzt, da sich diese Gruppen regelmäßig positiv auf Führungspersonal und Symbolfiguren (z.B. Hitler, Heß, Wessel) und Politik des Nationalsozialismus beziehen und diese/n rehabilitieren möchten. Diese Organisationen sind maßgeblich an vielen Flugblattverteilungen, Kundgebungen



den. An anderen Orten organisierte sie Aktionen gegen Geflüchtete und Einwanderung. Ihr Gründer Christian Worch hatte die Partei unter Beteiligung ehemaliger Führungsmitglieder der ehemaligen ›Deutschen Volkunion‹ gegründet; wichtige Positionen werden von Aktivisten inzwischen verbotener neonazistischer Vereinigungen besetzt. Insbesondere in Süddeutschland ist die Partei ›Der Dritte Weg‹ aktiv, die am 28. September 2013 in Heidelberg gegründet wurde.<sup>20</sup> Dem Parteivorsitzenden Klaus Armstroff (ex-NPD) stehen auch hier Kader verbotener Vereinigungen zur Seite. Die Partei erinnert in der Inszenierung ihrer Aufmärsche an die im Februar 1995 verbotene ›Freiheitliche Deutsche Arbeiter-Partei‹ sowie die ›Fränkische Aktionsfront‹ (Verbot im Januar 2004). Daneben existiert eine Vielzahl an vor allem lokal oder regional aktiven neonazistischen ›Kameradschaften‹, die Flugblattverteilungen durchführen, Schulungsabende veranstalten und zu den Demonstrationen mobilisieren. Zum Teil führen sie explizit die Bezeichnung ›nationale Sozialisten‹ im Gruppennamen. Für diese Strömung der extremen Rechten hat sich die Bezeichnung ›neonazistisch‹ durchgesetzt, da sich diese Gruppen regelmäßig positiv auf Führungspersonal und Symbolfiguren (z.B. Hitler, Heß, Wessel) und Politik des Nationalsozialismus beziehen und diese/n rehabilitieren möchten. Diese Organisationen sind maßgeblich an vielen Flugblattverteilungen, Kundgebungen

und Demonstrationen gegen Geflüchtete und deren Unterbringung sowie gegen die Asylpolitik der Bundesregierung beteiligt gewesen. ›Der III. Weg‹ hat eine auch online zugängliche Handreichung erstellt, welche Maßnahmen ergriffen werden können, wenn in der Nachbarschaft Geflüchtete untergebracht werden sollen. Diese Strukturen würden auch von einem NPD-Verbot profitieren, würden doch einige Kader der NPD in diese Parteien wechseln.

Medial sichtbar war im Jahr 2016 auch die ›Identitäre Bewegung‹.<sup>21</sup> Inspiriert insbesondere durch die Besetzung des Dachs einer im Bau befindlichen Moschee im französischen Poitiers am 20. November 2012 durch die Gruppe ›Génération Identitaire‹ sowie ein Video mit dem Titel ›Déclaration de guerre‹, bildeten sich auch in anderen europäischen Staaten Gruppen der ›Identitären‹. Während es in Österreich rasch zu einer Vielzahl von Aktionen kam, die – wie Störungen von Theaterstücken und Lesungen prominenter Künstler\*innen – entsprechende Medienresonanz hervorrief, beschränkten sich entsprechende Aktivitäten in Deutschland lange auf das Internet. Tatsächlich haben die ›Identitären‹ sich selbst professionell als Marke aufgebaut, die stark auf visuelle, häufig auch popkulturelle Elemente nutzende Agitation setzt. Das politische Profil der ›Identitären‹ stützt sich auf einen kulturalistischen Rassismus, heteronormative Geschlechter- und Familienkonzepte und eine Idealisierung von Kriegergemeinschaften am Beispiel Spartas. Häufig kalkulieren die ›Identitären‹ die Handlungslogik und Mechanismen der Medien ein, um mit wenig Aufwand und strafrechtlichem Risiko große Resonanz zu erzielen; die kurzzeitige Besetzung des Brandenburger Tores als einem der nationalen Symbole Deutschlands wurde entsprechend von vielen Medien prominent dargestellt. Nicht wenige Mitglieder der ›Identitären‹ sind zugleich in der AfD aktiv und beteiligen sich an Demonstrationen gegen eine liberale Asyl- und Einwanderungspolitik.

Seit dem 24. Oktober 2014 demonstriert PEGIDA – mit wenigen Ausnahmen – wöchentlich in Dresden.<sup>22</sup> Von wenigen Hundert Teilnehmenden stieg die Zahl innerhalb von drei Monaten auf 25.000 an. Bis heute versammeln sich regelmäßig 2.000 bis 3.000 Personen als Teil dieser völkisch-nationalistischen Mobilisierung. Entsprechende Aktionen gab es bereits vor PEGIDA, so etwa die stark von der NPD getragenen Kampagnen gegen die Unterbringung von Geflüchteten in Berlin oder sächsischen Städten wie Schneeberg. Dort gingen mehrfach hintereinander über 1.500 Leute auf die Straße. Einer Gruppe namens HoGeSa (Hooligans gegen Salafisten) folgten am 26. Oktober 2014 etwa 5.000 Demonstrierende nach Köln, wo es zu heftigen Konfrontationen mit der Polizei kam. Angesichts starker Polizeikräfte bei den folgenden HoGeSa-Veranstaltung verlor das dort versammelte gewaltorientierte Spektrum das Interesse an einer dauerhaften Durchführung solcher Manifestationen.

PEGIDA entstand aus einer Clique von Fußballfans um den Kleinkriminellen Lutz Bachmann, die im Alltag bereits durch rassistische und abfällige Bemerkungen gegen Muslimen, Geflüchteten und Türkeistämmigen aufgefallen war. Ein frühes programmatisches Dokument spielte im weiteren Verlauf der Proteste keine Rolle mehr, die sich vor allem in der Hetze gegen die ›Lügenpresse‹ und eine interkulturelle Gesellschaft und Bundeskanzlerin Merkel, die als personifiziertes Übel und als Symbolfigur einer verfehlten Flüchtlingspolitik markiert wurde, gefielen und spätestens im Sommer 2016 zu einem Ritual geworden sind.

Zwar scheiterte die PEGIDA-Gruppe um Lutz Bachmann mit dem Versuch, im Sinne eines politischen Franchise-Projektes von Dresden aus bundesweit ein von ihr kontrolliertes Netzwerk von Pegida-Ablegern aufzubauen; dennoch inspirierte PEGIDA zahlreiche Individuen und Initiativen quer durch die Bundesrepublik zur Durchführung ähnlicher wöchentlich durchgeführter Mahnwachen, Kundgebungen und Demonstrationen. In einigen Städten – etwa Leipzig und Erfurt – wurden mehrfach auch vierstellige Teilnahmezahlen erreicht. In einigen Städten, so etwa in Berlin, München und Duisburg, gab es – bei bescheidener Resonanz – eine hohe Kontinuität in der Durchführung solcher Aktivitäten. In den beiden Jahren 2015 und 2016 haben insgesamt Tausende solcher Veranstaltungen stattgefunden – organisiert von Gruppen wie Bekenntnis für Deutschland, Mönchengladbach steht auf, Das Eichsfeld wehrt sich, Bürgerforum Altenburger Land, Volksbewegung Nordthüringen, Zukunft Heimat, Demokratischer Aufbruch Sächsische Schweiz, Heimat und Tradition Chemnitz, Markrans' er kämpfen – mit Herz und Verstand oder auch Bürgerwehr Landkreis Konstanz. Vielfach stellten organisierte Rechtsextreme die Struktur für die Aktionen, die nach außen dennoch als Bürgerengagement präsentiert wurden.

Während PEGIDA in Dresden soziologisch auch die Mitte der Gesellschaft repräsentiert, ist die weltanschauliche Verortung als rassistisch, nationalistisch und demokratie-distanziert zu bezeichnen. Es existiert eine große Nähe zur AfD, die als parlamentarische Partnerin von PEGIDA verstanden wird.<sup>23</sup> Zwar ist der Rückgang der Zahl der wöchentlich an der Manifestation in Dresden Teilnehmenden nicht zu übersehen, dennoch macht die Kontinuität des nationalistischen Protests PEGIDA zu einem einzigartigen Phänomen der außerparlamentarischen Protestgeschichte von rechts in der Bundesrepublik Deutschland. Sein Auftreten in Dresden und die Dynamik sind nicht zuletzt politisch-kulturellen Faktoren zu verdanken.<sup>24</sup> Die nationalistische Perspektive verbindet sich zudem mit starken Emotionen, die als Motor der Proteste nicht unterschätzt werden sollten<sup>25</sup>, die von den Organisator\*innen zudem gezielt ausgebeutet werden.<sup>26</sup>

Eng mit der rassistischen Empörungsbewegung PEGIDA verbunden sind Medien mit hoher Reichweite, die das weltanschaulich einseitige Informationsbedürfnis befriedigen. Hierzu gehört als Printprodukt ›Compact‹ mit einer monatlichen Druckauflage zwischen 40.000 und 80.000 Exemplaren. Die Zeitschrift promotet Frauke Petry als ›bessere Kanzlerin‹, propagiert völkischen Nationalismus und beschwört das Gespenst von der ›Islamisierung‹ und einer Verschwörung der ›68er‹. Ähnliche Deutungsangebote finden sich seit 2004 auf dem Blog ›Politically Incorrect‹ (PI), der sich mit täglich 400.000 Zugriffen durchaus mit dem Sender RTL messen kann. Hinzu kommen zahlreiche Internetseiten und Blogs, die es einfach machen, ein rassistisch geprägtes Weltbild immer wieder durch ›Fakten‹ und ›Enthüllungen‹ bestätigen zu lassen.

## E. Hermetische Schließung und Praxen der Entgrenzung

In zahlreichen antimuslimischen und einwanderungsfeindlichen Blogeinträgen und Internetforen konnte man im Sommer 2015 verfolgen, wie die wachsende Zahl von Geflüchteten, die nach Europa und damit auch zum Teil nach Deutschland kam, als drohende bzw. beginnende Apokalypse wahrgenommen wurde, an deren Ende die ›Zerstörung Europas‹ oder die ›Vernichtung des deutschen Volkes‹ stünde. Diese Interpretation, die auch zu – durchaus glaubhaften – Schilderungen qualvoller Alpträume führte, wird verständlich, wenn man sich vergegenwärtigt, dass völkisches und rassistisches Denken auf Kategorisierungen und damit verbundenen Wertungen beruht, die zu Schlussfolgerungen der Unvereinbarkeit und des Niedergangs im Falle der ›Vermischung von Ethnien‹ führt. „Die Deutschen bzw. ihre Vorfahren, die Germanen“, so hieß es Ende 2016 im Editorial einer extrem rechten Zeitschrift, seien eines der „wenigen Völker auf dem Erdball, deren genetischer Code seit 8000 Jahren so gut wie unverändert ist, obwohl wir viele Besatzungen und Besetzungen durchlebt und durchlitten haben.“<sup>27</sup> Phantasmen wie diese sind für rassistisches Denken unverzichtbar in doppeltem Sinne. Zum einen stellen sie gegen empirische Evidenz schlicht die Grundlage der Weltdeutung dar, zum anderen ist die ›Reinheitsbehauptung‹ notwendig, um den Kampf nicht verloren zu geben. Denn wenn die ›Vermischung‹ schon zu weit fortgeschritten ist, ist in dieser Logik der Niedergang nicht mehr aufzuhalten.

Weil rassistisches und völkisches Denken die Einwanderung und dauerhafte Anwesenheit von ehemals Migrierten zu einer existentiellen Frage macht, ist in ihm die Rechtfertigung für den Einsatz von Gewalt bereits angelegt. Zwar regelmäßig als ›Notwehr‹ verbrämt, aber insofern nicht zufällig ist die rassistisch motivierte Gewalt in Deutschland eskaliert – Anfang der 1990er Jahre und erneut Mitte der 2010er Jahre – jeweils angesichts einer beträchtlich steigenden Zahl von Schutzsuchenden. Diese Gewaltpraxis ist durch Entgrenzungen charakterisiert: ihr Umfang ist seit 2014 um ein Vielfaches angestiegen, der Einsatz von Sprengstoffen hat zugenommen, die Gewalt richtet sich auch gegen Menschen, die von den Angreifenden als Repräsentant\*innen einer liberalen Asylpolitik angesehen werden – wie die jetzige Oberbürgermeisterin der Stadt Köln – oder Geflüchtete im Alltag unterstützen. Entgrenzung lässt sich jedoch auch dahingehend konstatieren, dass diese rassistische Gewalt nicht nur von Angehörigen der rechten Szene ausgeübt wird, sondern auch von bisher unauffälligen Bürgern.

Der rechtspopulistische wie extrem rechte Diskurs enthält die Erzählung, dass die aktuelle Asylpolitik der Bundesregierung den ›Volkstod‹ bringe (s.o.) und die Verantwortlichen daher gegen das Grundgesetz verstießen, das ihnen aufgabe, zum ›Wohl des deutschen Volkes‹ zu handeln. Angesichts dieser Entwicklung, für deren Charakterisierung Begriffe wie ›Umvolkung‹ oder auch ›der

---

große Austausch« benutzt werden<sup>28</sup>, sei es legitim und notwendig, sich auf das im Art. 20 IV GG niedergelegte Widerstandsrecht zu berufen. Bereits 2015 hat der früher der NPD verbundene Jurist Dr. Dr. Thor von Waldstein in einer Schrift entsprechend argumentiert.<sup>29</sup> Die Regierung entrechtete und beseitigte das deutsche Volk, „indem dessen ethnische Homogenität und Substanz binnen kurzer Zeit zugunsten eines ›Landes der Verschiedenen‹ zerstört werden sollen“. <sup>30</sup> Angesichts einer fehlenden rechtsstaatlichen Handlungsalternative seien bestimmte Handlungen jenseits des Einsatzes von Gewalt durch Deutsche als Subjekte des Widerstands legitim(iert).

Die Strategie der politischen Zuspitzung und der praktischen Selbstermächtigung von rechts kennt aus der jüngsten Zeit einige Beispiele, so etwa die Blockade von Bussen, die Geflüchtete in ihre Unterkunft bringen sollten. Den Organisator\*innen geht es dabei darum, die Legitimität und Anerkennung der staatlichen Instanzen seitens der an den Protesten teilnehmenden aufzuweichen und – zunächst auf niedrigem Niveau – Einfluss auf die Machtverteilung zu nehmen, z.B. durch Nicht-Kooperation. Dies lässt sich am Beispiel einer flüchtlingsfeindlichen Demonstration in Dresden-Laubegast verdeutlichen, das als ›bürgerliches Widerstandsnest‹ charakterisiert wird: „Ab 19:00 Uhr versammelten sich zunehmend mehr Bürger vor dem künftigen ›Vier-Sterne-Heim‹. Es gab keine Ansprachen oder Reden, nach 15 Minuten setzte sich die etwa 250 Köpfe zählende Menge mit einigen jüngeren Teilnehmern an der Spitze in Bewegung. Der Polizei wurde auf Nachfragen kein Anmelder der Demonstration mitgeteilt, sie wurde lediglich über die 2,5 km lange Route des Spaziergangs entlang der Hauptstraße in Kenntnis gesetzt. Zunächst wollten die maximal 10 Polizisten die 250 Teilnehmer in Richtung Bürgersteig abdrängen, was einfach ignoriert wurde. Somit mußte ein Polizeifahrzeug vorwegfahren und den Weg frei machen. Den Zug eröffneten zwei Mütter mit Kinderwagen. Nachdem die Machtfrage zugunsten der Laubegaster beantwortet war, wurden zahlreiche Fackeln entzündet, Deutschlandfahnen und Sachsenfahnen ausgerollt. Der ganze Zug machte plötzlich einen sehr wehrhaften und selbstbewußten Eindruck. Ein Hauch von 1989 wehte durch die Straßen.“<sup>31</sup>

Die insbesondere bei den nationalistischen Protesten in Ostdeutschland vielfach anzutreffende Bezugnahme auf ›1989‹ soll den Aktivitäten nicht nur Legitimation verschaffen, sondern beinhaltet auch den Aspekt der Möglichkeit des Sturzes eines als stabil erscheinenden politischen Systems. Angesichts der Entstehung der völkisch-nationalistischen Massenbewegung und ihrer vielfältigen Artikulationen und Erfolge außerhalb und innerhalb der Parlamente ist die oben für den Sommer 2015 beschriebene ›Verzweiflung‹ vielerorts einem historischen Optimismus der Bewegungsaktivist\*innen gewichen, eine grundlegende Wende gesellschaftlicher Ordnung im Sinne der Herstellung von Homogenität und ›Reinheit‹ durch den Ausschluss des ›Fremden‹ herbeiführen zu können.

---

**Fußnoten**

- <sup>1</sup> Abrufbar unter: <http://www.zeit.de/2015/37/willkommenskultur-deutschland-fluechtlinge-zeitgeist>, letzter Aufruf: 10.01.2017
- <sup>2</sup> SINUS 1981
- <sup>3</sup> Die Ergebnisse finden sich insbesondere in der 10-bändigen Schriftenreihe ›Deutsche Zustände‹, die zwischen 2002 und 2011 beim Suhrkamp-Verlag erschienen ist.
- <sup>4</sup> Zuletzt: Zick/Küpper/Krause 2016 sowie Decker/Kiess/Brähler 2016
- <sup>5</sup> dimap 2016
- <sup>6</sup> Best/Niehoff/Salheiser/Vogel 2016
- <sup>7</sup> Sarrazin 20 200010
- <sup>8</sup> Haller/Niggeschmidt 2012, Schneiders 2013
- <sup>9</sup> Abrufbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/sarrazin-debatte-umfrage-sieht-grosses-potential-fuer-protestpartei-a-715751.html>, letzter Aufruf: 10.01.2017
- <sup>10</sup> Preuß 2016
- <sup>11</sup> Jaschke 1990, Hennig 1991, Fascher 1994
- <sup>12</sup> Decker 2000
- <sup>13</sup> Bebnowski 2015, Lewandowsky 2015, Häusler 2016
- <sup>14</sup> Priester 2016, Seite 547
- <sup>15</sup> Schutzbach 2016
- <sup>16</sup> Kroh/Fetz 2016, Seite 713
- <sup>17</sup> Kroh/Fetz 2016, Seite 716
- <sup>18</sup> Kroh/Fetz 2016, Seite 717
- <sup>19</sup> Vgl. beispielsweise Alexander Gauland und Björn Höcke im Interview mit der Zeitschrift ›Compact‹ 10/2016, Seiten 30-31
- <sup>20</sup> Kopke 2016
- <sup>21</sup> Virchow 2015
- <sup>22</sup> Virchow 2016
- <sup>23</sup> Rehberg/Kunz/Schlinzig 2016
- <sup>24</sup> Rehberg/Kunz/Schlinzig 2016
- <sup>25</sup> Claassen 2014
- <sup>26</sup> Bröckling 2016
- <sup>27</sup> Sudholt 2016, Seite 4
- <sup>28</sup> Kellershohn 2016
- <sup>29</sup> Waldstein 2015
- <sup>30</sup> Waldstein 2015, Seite 22
- <sup>31</sup> Abrufbar unter: <http://sezession.de/52121/widerstandsschritte-7-spontandemo-in-laubegast>, letzter Aufruf: 10.01.2017



---

## Literatur

- Bebnowski (2015) *Die Alternative für Deutschland: Aufstieg und gesellschaftliche Repräsentanz einer rechten populistischen Partei*
- Best/Niehoff/Salheiser/Vogel (2016) *Gemischte Gefühle: Thüringen nach der ›Flüchtlingskrise‹. Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS 2016*
- Bröckling (2016) *Man will Angst haben*, in: *Mittelweg* 36, 25 (2016) 6, Seiten 3-7
- Claassen (2014) *Group Entitlement, Anger and Participation in Intergroup Violence*, in: *British Journal of Political Science* 46, Seiten 127-148
- Decker *Über das Scheitern des neuen Rechtspopulismus in Deutschland. Republikaner, Statt-Partei und der Bund freier Bürger*, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 29 (2000), Seiten 237-255
- Decker/Kiess/Brähler (2016): *Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland*
- dimap – das Institut für Markt- und Politikforschung GmbH (2016): *Sachsen-Monitor 2016*
- Fascher (1994) *Modernisierter Rechtsextremismus? Ein Vergleich der Parteigründungsprozesse der NPD und der Republikaner in den sechziger und achtziger Jahren*
- Goel (2011): *Über das Sprechen über die Religion des Anderen*, in: *Allenbach/Goel/Hummrich/Weissköppel (Hrsg.), Jugend, Migration und Religion*, Seiten 289-317
- Haeusler (2016) *Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung*
- Haller/Niggeschmidt (2012) *Der Mythos vom Niedergang der Intelligenz. Von Galton zu Sarrazin: Die Denkmuster und Denkfehler der Eugenik*
- Hennig (1991) *Die Republikaner im Schatten Deutschlands. Zur Organisation der mentalen Provinz*
- Jaschke (1990) *Die ›Republikaner‹. Profile einer Rechtsaußen-Partei*
- Joffe *Das deutsche Wunder*, in: <http://www.zeit.de/2015/37/willkommenskultur-deutschland-fluechtlinge-zeitgeist> (zuletzt aufgerufen am 10. Januar 2017)
- Kellershohn (2016) *Umvolkung*, in: *Gießelmann/Heun/Kerst/Suermann/Virchow (Hrsg.), Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe*, Seiten 282-297
- Kopke (2016) *›Der III. Weg‹. Personal, Inhalte und Auftreten einer neonazistischen Kleinpartei*, in: *Burschel (Hrsg.), Durchmarsch von rechts. Völkischer Aufbruch: Rassismus, Rechtspopulismus, rechter Terror*, Seiten 79-87
- Kroh/Fetz *Das Profil der AfD-AnhängerInnen hat sich seit Gründung der Partei deutlich verändert*, in: *DIW-Wochenbericht* 34/2016, Seiten 711-719
- Lewandowsky *Eine rechtspopulistische Protestpartei? Die AfD in der öffentlichen und politikwissenschaftlichen Debatte*, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 25 (2015), Seiten 119-134
- Preuß *Deutsch genug? Die deutsche Mehrheitsbevölkerung und ihre Bedingungen der Mitgliedschaft*, in: *Gesellschaft – Wirtschaft – Politik* 2016, Seiten 281-288
- Priester (2016) *Rechtspopulismus – ein umstrittenes theoretisches und politisches Problem*, in:
- Virchow/Langebach/Häusler (Hrsg.): *Handbuch Rechtsextremismus*, Seiten 533-560
- Rehberg/Kunz/Schlinzig (2016) *PEGIDA. Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und ›Wende-Enttäuschung?‹*
- Schneiders (2013) *In schlechtes Licht gerückt. Das Araberbild bei Thilo Sarrazin*, in: *ders. (Hrsg.): Die Araber im 21. Jahrhundert. Politik, Gesellschaft, Kultur*
- Schutzbach *Der Heidi-Komplex. Gender, Feminismus und der Ekel vor der ›Gleichmacherei‹*, in: *Prokla* 2016, Seiten 583-597
- SINUS Markt- und Sozialforschung (1981) *Millionen Deutsche: ›Wir sollten wieder einen Führer haben...‹*
- Sudholt (2016) *Ein Volk ohne Beispiel*, in: *Deutsche Geschichte* 6/2016, Seiten 4-5
- Tort/Guenther/Ruhrmann *Von kriminell bis willkommen. Wie die Herkunft über das mediale Framing von Einwanderern entscheidet*, in: *Medien & Kommunikationswissenschaft* 2016, Seiten 497-517
- Virchow (2015) *The Identitarian Movement: What Kind of Identity? Is It Really a Movement?*, in:
- Druxes/Simpson (Hrsg.), *Digital Media Strategies of the Far Right in Europe and the United States*, Seiten 177-190

- 
- Virchow (2016) 68er, in: Gießelmann/Heun/Kerst/Suermann/Virchow (Hrsg.), *Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe*, Seiten 22-34
  - Virchow PEGIDA: *Understanding the emergence and essence of nativist protest in Dresden*, in: *Journal of Intercultural Studies* 2016, Seiten 541-555
  - Virchow/Häusler (i.E.) *Vom Lob der Krise – Krisenvorstellungen und Krisenpolitik rechtsaußen*, in: *Roose/Scholl/Sommer (Hrsg.): Protest, Resilienz und transnationale Solidarität. Europas Zivilgesellschaft in der Wirtschafts- und Finanzkrise*
  - Waldstein (2015) *Zum politischen Widerstandsrecht der Deutschen*. Abrufbar unter: <http://sezession.de/wp-content/uploads/2015/10/widerstandsrecht-waldstein1.pdf>, letzter Aufruf: 10.01.2017
  - Weber *Mehr Zuwanderer, mehr Fremdenangst? Ein Überblick über den Forschungsstand und ein Erklärungsversuch aktueller Entwicklungen in Deutschland*, in: *Berlin Journal für Soziologie* 2016, Seiten 397-428
  - Zick/Küpper/Krause (2016) *Gespaltene Mitte Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland*

Dieser Text wurde zuerst veröffentlicht als „Fabian Virchow: Entgrenzung und Ordnung. Entstehung und Artikulation einer völkisch-nationalistischen Massenbewegung in Deutschland, in: *Neue Kriminalpolitik* 01/2017

#### **Kontakt**

Prof. Dr. Fabian Virchow,  
Professor für Theorien der Gesellschaft und Theorien politischen Handelns,  
Leiter des Forschungsschwerpunktes Rechtsextremismus/Neonazismus,  
Hochschule Düsseldorf,  
Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften,  
Münsterstraße 156, 40476 Düsseldorf,  
[fabian.virchow@hs-duesseldorf.de](mailto:fabian.virchow@hs-duesseldorf.de)





Das Magazin für antifaschistische Politik und Kultur

***antifa***

Herausgegeben von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes –  
Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten e.V. (VVN-BdA)

- Mit aktuellen Berichten aus deutschem und internationalem Geschehen
- Informationen zur Geschichts- und Gedenkstättenarbeit
- Tatsachen und Hintergründe zum Thema Neofaschismus
- 4-seitiges »Spezial« zu Schwerpunkten und theoretischen Auseinandersetzungen von historisch bedeutsamen Ereignissen
- Umfangreicher Kulturteil mit Rezensionen von Büchern, Filmen und Ausstellungen
- Erscheint zweimonatlich

Hiermit bestelle ich **antifa** zum nächstmöglichen Termin und zwar als

- Abo für 15,00 € jährlich (für Mitglieder der VVN-BdA im Beitrag enthalten)
- Vorzugsabo für 7,50 € jährlich (für Schüler, Studierende und Azubis mit Nachweis)
- Förderabo für 30,00 € jährlich.

Die Zeitschrift soll geliefert werden an:

Name, Vorname: .....

Straße, Nr.: .....

PLZ, Wohnort: .....

Das Abo verlängert sich um ein Jahr, wenn es nicht sechs Wochen vor Ablauf gekündigt wird.

Datum, Unterschrift: .....

Einsenden an: Redaktion **antifa**, Magdalenenstraße 19, 10365 Berlin

Die Zeitschrift kann auch über ein Online-Formular bestellt werden: [www.antifa.vvn-bda.de](http://www.antifa.vvn-bda.de)



www.vvn-bda.de

# Die Ausstellung »Alternative für Deutschland«

## Das neue Projekt der VVN-BdA

### Ausleihbedingungen

Die Ausstellung (elf Roll-Ups im Format von 85 cm x 200 cm) kann bei der VVN-BdA ausgeliehen werden. Die Roll-Ups können mit DHL versandt werden. Die Ausleiher tragen die Versandkosten. Ein Beitrag zur Refinanzierung der Ausstellung ist wünschenswert.

Bitte wenden Sie sich bei Interesse entsprechend folgender Liste an unsere Landesvereinigungen:

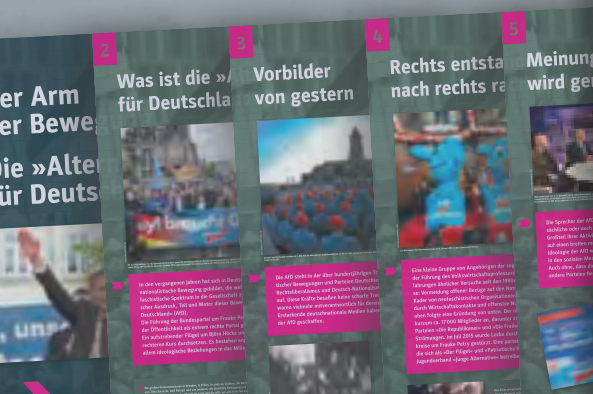
- Hamburg: [hamburg@vvn-bda.de](mailto:hamburg@vvn-bda.de)
- Schleswig-Holstein: [sh@vvn-bda.de](mailto:sh@vvn-bda.de)
- Berlin: [berlin@vvn-bda.de](mailto:berlin@vvn-bda.de)
- Hessen: [hessen@vvn-bda.de](mailto:hessen@vvn-bda.de)
- Nordrhein-Westfalen: [nrw@vvn-bda.de](mailto:nrw@vvn-bda.de)
- Bayern: [LV-Bayern@vvn-bda.de](mailto:LV-Bayern@vvn-bda.de)
- Nürnberg: <http://nuernberg.vvn-bda.de/kontakt>

Übriges Bundesgebiet: Telefon 030 55579083-2  
[bundesbuero@vvn-bda.de](mailto:bundesbuero@vvn-bda.de)

## Der Arm der Bewegung Die »Alternative für Deutschland«



V.i.S.d.P.: Thomas Willms, Magdalenenstraße 19, 10965 Berlin



Eine Ausstellung  
der Vereinigung  
der Verfolgten des Naziregimes -  
Band der Antifaschistinnen und Antifaschisten e.V.  
(VVN-BdA)



# WOLLEN SIE MITMACHEN?

Die Vereinigung der Antifaschistinnen und größte antifaschistische Organisation in Deutschland. Wir sind ein unabhängiger, überparteilicher Verband, der ausgehend von den historischen Erfahrungen des Widerstandes und der Verfolgung für Gleichheit, Solidarität, Demokratie und Frieden eintritt. In unserer Organisation arbeiten Menschen jeden Alters zusammen, die sich dem Antifaschismus verbunden fühlen.

Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) e.V. ist die älteste tische Organisation in Deutschland. giger, überparteilicher Verband, der ausgehend von den historischen Erfahrungen des Widerstandes und der Verfolgung für Gleichheit, Solidarität, Demokratie und Frieden eintritt. In unserer Organisation arbeiten Menschen jeden Alters zusammen, die sich dem Antifaschismus verbunden fühlen.

- ▽ Ich möchte mehr Informationen.
- ▽ Ich möchte Mitglied werden

---

Name, Vorname

---

Anschrift

---

---

E-Mail

---

Telefon

---

Datum, Unterschrift

Bitte einsenden an **VVN-BdA e.V., Magdalenenstraße 19, 10365 Berlin**

[www.vvn-bda.de](http://www.vvn-bda.de)